

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Brüderblatt monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntel. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erreicht ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Brüngerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Brüngerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnate werden die eingeholte Zeitung mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssungen 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 19.

Dresden, Mittwoch den 24. Januar 1912.

28. Jahrg.

Die rote Flut.

Der unerwartet große Sieg der Sozialdemokratie und die Verluste, die dem schwarzblauen Block am 22. Januar beigebracht wurden, hat die Organe der Rechten so in Besitzung gebracht, daß sie sich zu einer soliden Wahlbetrachtung noch am Dienstag abend nicht instande haben. Was sie bis heute zur Wahl gebracht, sind nur erdrückende Kommentare, aber keine Wiedergaben der großen Entscheidung. Die Kreuzzeitung warnt vor der „roten Flut“, verweist auf die Donnerstagsnotizen und führt:

Gewiß haben die Konservativen schwer Verluste davongetragen, und wir befürchten ja um so schmerzlicher, als manche davon hätten vermieden werden können, wenn wir gleich den Gewern und rechtzeitig gesammelt und gerüstet hätten. Aber unsre Partei hatte diesmal einen Aufschwung konträrgeleitet zu diesem... Nun, die konservative Partei hat das Ausmaß des vereinigten Linken mit allen Ehren bestanden... Es handelt sich nun um die Entscheidung über 88 Mandate. Wenigstens hierbei steht doch die bürgerlichen Wähler noch alles ausdrücken, um neue sozialdemokratische Elegie zu verbünden. Es ist doch wahrsch für nationalehrliche Deutsche widerdrückend genug, daß das Ausland (!) den jetzt über das Kolossalste steigen der roten Flut und die vermeintlich damit verbundene Schwäche der nationalen Körnerkraft Deutschlands triumphieren zu sehen. Auch man alle wenigstens in diesem letzten Schluß noch vor der roten Flut zu retten, was zu retten ist.

Die Deutsche Tageszeitung fröstet sich alles in allem damit, daß die konserватiven Losen ehrwoll gefallen seien und kann's nicht verwinden, daß die Minister in Berlin! die konservative Parole der Stimmenhaltung durchbrochen haben:

Sie bedauern in ihrer ersten Linie, daß in Kaiserslautern der Vorläufer des Bundes der Landwirte Dr. Möller unterlegen ist. Und dem liberalen Berndt war dieses Ergebnis vorzugsweise. Wie kommt darauf zurück, sobald die einzelnen Häfen vorliegen, aus denen sich die Haltung der Nationalliberalen ersehen läßt... In Berlin! hat der Freiherr noch einmal die alte „Düsseldorf“ gehalten — mit ganzen 7 Stimmen! Blanz soll in dieses Reihen jüngsten Freisium, für den der Konservativen mit einem getrennten Apparat gearbeitet hatte, gekommen. Damit ist die Partei bei Berndt am Verteilung die Gewissenswurz, daß die Minister und Staatssekretäre ihr das Werk getreut haben!

Rechts zu bedauern ist die Niederlage des Herrn v. Schudt, aus Brüsselberg, der mit ganz knapper Minorität eine doch sehr schwere Niederlage von Gegnern in ehrenvollem Kampf unterlegen ist.

Die antisemitische Staatsbürgerzeitung ignoriert den Sturm des Antisemitismus — der nur nationalliberalen Einigung einige Mandate verdankt — und ruht durch die übliche Judenfeindschaft über den antisemitischen Bankrott hinwegzumünzen, während die antisemitisch-aldeutsche-nationalliberalen Töchter und Kinder wieder mal nicht recht weiß, auf welche Seite sie sich schlagen soll:

Der zweite Stichwahltag brachte ein ganz außerordentliches Anschwellen der roten Flut, die in geradezu wehender Stärke über die bürgerlichen Wahlkreise hereinbrach... Das Zentrum, dat die schwere Runde, die ihm der Wahlkampf geschenkt, heutz empfangen, der Bericht des heiligen Amts... Im übrigen gelang auch die Wahlkästen des heiligen Tages, daß die Generalsparole der Parteien „für oder wider den schwarzblauen Blod“ vielmehr durch lokale Verhältnisse und persönliche Wählernungen durchbrochen und zusätzliche gewonnen wurden. Diese Partei hat sich ganz an sie gehalten. Selbst die Sozialdemokraten haben, wie in Düren, so in Siegen und anderen Orten, direkt und indirekt gegen sie gehandelt und damit die Wählern, die einzige Ausnahmehilfe steht in Frage gestellt.

Die freikonservative Post schreibt über den Zentrumskoalitionsatz in Köln: daß das heilige Köln, das deutsche Zentrum, die selbstverständliche Domäne des Zentrums, der befreite Ort so vieler Auswahlerverhandlungen sozialdemokratischer geworden, bei ein Schlag, den das Zentrum nicht verwinden könne und den es den Roten und Jungliberalen nie vergessen werde. Der Nimbus des Ultramontanismus oder festes Wall gegen den Umsturz sei dahin. Die Berliner Richtung werde dem Modernismus, der in Köln seinen Mittelpunkt habe, die Schul geben. Gefährlich sei das Ergebnis auch für die Veränderung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet; es sei fraglich, ob es den Bürgern der Partei gelingen werde, trotzdem, ob das Zentrumswähler für die Nationalliberalen an die Urteile zu bringen.

Zentrumslättter, wie Germania und Kölnische Zeitung, suchen die Zentrumsniederlagen lediglich als das triviale Werk der Liberalen hinzustellen und die Köln. Zeitung, januariert über das rote Köln und „Parteiverbotung“.

Köln von den Nationalliberalen der Sozialdemokratie ausgelenkt. Das ist das Ergebnis der heutigen Stichwahl in Köln. Sie Zentrumswahl wird es weiter in die deutschen Lande leuchten und vor aller Welt dem Adlner Nationalismus das Brandmal auf die Stola drücken. Es muß darüber anmerken werden, daß der vornehmste Mitglieder der nationalliberalen Partei (Barling) ihre Sehnsuchtlosen von den sozialdemokratischen Schülern abweichen verhindert haben. Weder kann der Einfluß dieser Kreise nicht weit genug, das Großherzogtum Sachsen davon zu überzeugen, daß es ihre Sicht in das Kaiserreich über die Partei zu stellen, den Bürgersturm der Parteiverbotung zu überwinden.

Im der Stelle der bürgerlichen Linken kommt dagegen die Gewissenswurz über den Ausfall der Montagewahlen zu kurtem Ausdruck. Das Berliner Tageblatt freut sich

besonders darüber, daß der Rechtspatriotismus entscheidende Verluste erlitten hat. Es schreibt darüber:

Dem Linkspatriotismus ist die Regierungskoalition der örtlichen Kreise und der zentralen Koalition vorzüglich besiegelt. Er hat sich wieder behauptet, und das wird — da er vor allem nach Süden gewonnen hat im Westen — in Zukunft seine Stärke tragen. Das erkennen man schon jetzt beim oberflächlichen Vergleich mit dem Nachbarn zur Rechten, dem in völkerrechtlichen Verhältnissen Rechtspatriotismus. Gewiß hat es auch dort an ehrlichen Männer nicht gefehlt, die das Abkommen mit der Koalitionstrieb von Anfang an nur erstreben, weil es für die politische Entwicklung der Stunde zielt. Bedauerlich groß ist aber doch die Zahl derer gewesen, für die es nur ein törichtes Wahlvergnügen bedeutete, um die Flotte zu bedenken, während man verzögert und müter mit der Neuen Reichsmeisterschaft. Es ist eine Gewissenswurz für alle anständigen Politiker, daß das den „Schlaucheln“ gleichermaßen überlassen ist. Auch auf Linkspatriotismus wird man es behaupten, doch Männer wie Stoeckmann (19) und der Götzner Schmidt der Konzern nur so kurz Zeit vertragen, nicht wiederholen. Aber am parlamentarischen Grade der Schillerer und Hühnemann, der Heinze, Leidig und Osann weinen wir nur Tränen — ausdrücklich! Wie gewiß sie und rufen es mit lauschender Begeisterung: Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

endlich die Partei der größten Stimmengewalt auch die Partei der größten Mandatszahl sein!

Mit jubelnder Freude werden die Arbeiter am ganzen Gebiet und die Kunde von diesen Siegen vernehmen, die die Sozialdemokratie auch in der politischen Geltung zur größten Partei des Deutschen Reichs erheben. Wahrlieb, eine bewunderungswürdige Partei, eine Partei ohnegleichen ist die Partei des deutschen Proletariats! Wie gewiß sie und rufen es mit lauschender Begeisterung: Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Die Stichwahlen.

Ungewöhnliche Wahlbereitschaft.

Der Reichskanzler richtete zur Stichwahl ein Schreiben an den Pastor Weier in München-Gladbach, in dem es heißt, er hoffe und wünsche, daß die „patriotischen Bemühungen der christlich-nationalen Arbeit“ im Wahlkreis Erfolg haben.

Vielleicht denken die Arbeiter im Siebenbürgen am Wahltag auch daran, wie man sich sonst für sie interessiert. Durch Einberufung unbedeutiger im Buchthaus, durch Militäraufgabe gegen Streikende, durch die „weiße Salbe“ wertloser „Arbeiterdienst“ gezeigt.

Wahlkampfparteien.

Herr Justizrat Karl Trimborn, der durchgesetzte Reichskanzler des Zentrums für Köln, veröffentlicht in der Kölnischen Volkszeitung einen Aufruf, in dem er „im Einverständnis mit dem Beirat des Provinzialausschusses“ alle Anhänger der Zentrumspartei in den Wahlkreisen Bonn-Geseke und Duisburg-Mülheim (Ruhr) aufdrückt, bei der Stichwahl bis auf den letzten Mann für die beiden rechtsstehenden nationalliberalen Kandidaten einzutreten und deren Sieg gegenüber der Sozialdemokratie unter allen Umständen zu sichern.

In Altena-Hierlohn beschlossen die rechtsstehenden Parteien kräftige Wahlunterstützung bei der Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Konservativen.

Im Siegburg (Rhein) proklamierte der konservative Verein die Wahlparole.

Die Sozialdemokratie in Osnabrück gab Wahlparole für die Nationalliberalen gegen das Zentrum aus.

Die Konservativen Volkspartei heißtlich, den nationalliberalen Kandidaten in Duisburg-Mülheim aus Parteidisziplin zu unterstützen.

In Frankfurt-Lobus treten die Konservativen in einem Aufruf für den Kandidaten der vereinigten Liberalen Partei ein. Als Gegengabe gewähren die Nationalliberalen nicht der Konservativen — in Landenberg-Soldin den Konservativen Wahlkarte. Auch in Kalau-Baudou haben nach der S. S. am Mittag die Nationalliberalen erklärt, ohne bevorstehende Wahlstimmen für den Konservativen Henning stimmen zu wollen, dessen Wahl dann gesichert ist.

Der Wahlkampf der Christlich-Sozialen Partei des Wahlkreises Neuenkemnitz-Kemnitzfeld gab die Wahlparole aus: Keine Stimme dem konservativen Kandidaten (Eichhoff).

Der Wahlkampf der Zentrumspartei im Wahlkreis Neuenkemnitz-Kemnitzfeld, der vorgestern eben gleich nach dem Bekanntwerden des Stichwahlauftakts in Köln-Stadt eine Sitzung abhielt, bestätigt für die Stichwahl zwischen Eichhoff (Konservativer), Wolfson und Dittmann (Soz.) gemeinschaftliche Unterstützung zu proklamieren, weil Trimborn mit liberaler Hütte zu Fall gebracht werden ist.

Die Liberalen in Düsseldorf.

Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wird aus Düsseldorf berichtet:

Die Vereinigmänner-Versammlung der Liberalen Vereinigung hat nach langer Diskussion folgende Parole für die Stichwahl ausgearbeitet: Die Beteiligung an der Stichwahl wird empfohlen; keine Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten. Für die Parole stimmen 40, dagegen 34 Personen. Ein vorher getätigter Antrag, daß das Zentrum einzutreten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende der Vereinigmänner-Versammlung, der ebenfalls der Liberalen Vereinigung angehört, erklärte in der heutigen Apothektheater abgehaltenen sozialdemokratischen Wahlversammlung, daß die Konservativen im ersten Wahlgange nicht für den nationalliberalen Kandidaten gewählt haben würden, wenn sie nicht ein Abkommen zwischen Liberalen und Zentrum für vollständig ausgeschlossen gehalten hätten. Die Führer der Liberalen Vereinigung dürfte aber der Verlust der Vereinigmänner-Versammlung überzeugt haben, daß die liberalen Wähler der Konservativen Partei keine Rolle spielen würden. 34 der Versammelten hielten sich für eine Unterstützung der Sozialdemokratie ausgesprochen...

Dann behauptet das Blatt, daß von sozialdemokratischer Seite auf ein eventuelles Gemeindewahlbündnis mit den Liberalen hingewiesen worden sei.

Konservativer Schwund.

Das tolle Märchen vom Auszug des Kaisers und dreier Garderegimente aus Potsdam im Halle der Wahlknechte wird vom Kriegsministerium völlig demontiert.

Am Wahlkreis Oberburg-Stendal wurde von konservativer Seite ein Flugblatt verbreitet, daß vom sozialdemokratischen Kandidaten und seinem

Ein Sieges- und Erntetag!

So kennzeichnet unser Wiener Bruderorgan die Bedeutung des 22. Januar für die deutsche Sozialdemokratie und Jubelt weiter:

Und welche Siege! Da ist vor allem Köln, das deutsche Dom, eine der Hauptstädte des Zentrums, das zum erstenmal sozialdemokratisch gewählt hat! Die rote Fahne flattert vom Kölner Dom!

Dann der Sieg in Frankfurt am Main, womit die gewogene Freiburg noch dem Zweiheitspiel vor fünf Jahren, wieder dem sozialdemokratischen Sieg gewonnen wird! Auch das zweite Mandat von Breslau ist in unseren Händen, so daß diese große Stadt nun ganz sozialdemokratisch gewählt hat. Jena und Weimar, diese klassischen Drei, jedem Deutschen durch ihre Geschichte truer, nun beide sozialdemokratisch! Großartig ist auch der Sieg in den Reichsländern: heute haben wir dort drei Mandate in Bielefeld gewonnen, so daß wir nun dort fünf Wahlkreise besiegen. Bielefeld und auch die Siege in Hagen und Detmold, einstige Stammburgen des bürgerlichen Preußens! Niedersachsen Siege! Das war heute ein Tag der Freiheit und mit den bereits erworbenen 99 Mandaten ist sie noch nicht zu Ende! Nun wird

immer Ruhe und Friede anhalten, und in dem neuen Tonne

Wahlkomitee verfaßt zu sein schien. Es ist aber festgestellt worden, daß der sozialdemokratische Vertrauensmann für Stendal dieses Blatt nicht herausgegeben hat. Die nach dem Berliner Tageblatt sofort eingeleiteten Untersuchungen des Staatsanwaltschaft ergaben bereits, daß die Stendaler Unterdrückten gefälscht sind.

Die Gelben fürs Zentrum.

Nach der Kölnerischen Zeitung beschlossen die gelben Werkvereine, die im Wahlkreis Essen angeblich 9000 Mitglieder haben, bei der Stichwahl für den Kandidaten des Zentrums, Arbeiterschreiber Giesberts, einzutreten. Die Parole der Essener Gelben ist natürlich die der Firma Krupp. Und wenn die Gelben auch sonst im Zentrum ihrer Partei stehen — und kann's recht sein. Wir sind den Schwarzen drum nicht neidisch. Und die christlichen Gewerkschaften?

Kein Reichstag ohne Rössle?

Wie die Frankfurter Zeitung aus Berliner Kreisen erläutert, besteht im Wahlkreis Düsseldorf (Wahl) die Absicht, Dr. Rössle das Mandat für diesen Wahlkreis anzubieten. Der neu gewählte Abgeordnete Gebhardt wurde in diesem Falle sein Mandat zugunsten Rössles niedergelegen. — (Von Oldenburg; Kaiserlautern.)

Ein Opfer sozialistischer Nach.

Scheint der Demotiv v. Gerlach in Marburg geworden zu sein. Der Frankfurter Zeitung wird nämlich von dort berichtet: „Aus schlagend war die Parole der Nationalliberalen für Krupp zu stimmen, und die geringere Wahlbeteiligung in der Stadt, die nämlich auf das Verhalten der Reudemokraten in Frankfurt und Berlin zurückzuführen ist . . .“

Das Zentrum kann immer auch anders.

Während es sich im Westen jetzt als der einzige Wall gegen den roten Kursus anpreist, hat es, wie der Konsulanz Schröder meldet, noch vor vier Tagen (vergebens) versucht, die Sozialdemokraten in Konstanz für seine Stichwahl zu gewinnen. Kann handeln links, kann handeln rechts . . .

Deutsches Reich.

Der Reichstag einberufen.

Durch kaiserliche Kabinettsorder vom 22. Januar ist der Reichstag auf den 7. Februar einberufen worden.

Das Reichstagspräsidium.

Noch ist der neue Reichstag nicht vollständig erwählt, aber es beginnen schon die Beitrachtungen über die Zusammensetzung des Präsidiums in diesem neuen Reichstage.

Bemerkenswert ist eine Neuherierung der Nationalzeitung. Darin wäre die Frage, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Mitglied in das Präsidium entwerden soll, bereits grundsätzlich entschieden. Die Sozialdemokraten würden als stärkste Partei den Posten des ersten Vizepräsidenten beanspruchen und zweifellos auch zugebilligt erhalten. Wie sie sich zur hoffnenden Repräsentation verhalten, sei ihre eigene Angelegenheit und aller Wahrscheinlichkeit nach würden ihnen die anderen Parteien vorher keine Bedingungen stellen. Der Abgeordnete Dr. J. soll für den Vizepräsidentenposten vorschlagen werden.

Sollte diese Mitteilung der Nationalzeitung auf richtigen Informationen beruhen, so könnten wir damit einverstanden sein. Eigentlich könnte die sozialdemokratische Fraktion, da sie sicherlich die stärkste sein wird, Anspruch auf den Präsidenten erheben. Aber der alte Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt, ist schon wiederholt durchbrochen worden, und unserer Fraktion dürfte kaum sehr viel daran gelegen sein, jetzt diese Aufgabe zu übernehmen. Unsere Fraktion dürfte aber ebenfalls darauf bestehen, daß das Vizepräsidiumposten die Sicherheit einer unparteiischen Handhabung der Geschäfte bietet, und daß der Rückzug links in der Zusammensetzung des Präsidiums zum Ausdruck gelangt; dies würde unbedingt erfordern, daß einer der Vizepräsidentenposten, jedenfalls der erste, aus den Reihen der Sozialdemokratie entnommen wird.

Die Wahl des Grafen Bosadowsky zum Präsidenten wird mehrfach, besonders in den Reichspresse, angeregt. Dieser Vorschlag kommt auf den ersten Augenblick nicht unimpassibel erscheinen. Aber Graf Bosadowsky hat selbst durch sein widersprüchliches Verhalten in den allerletzten Wochen bei vielen die Meinung, ihn an der Spitze des Reichstags zu sehen, sehr herabgemindert. Er hatte als Kandidat vor der Hauptwahl in Bielefeld eine einigermaßen objektive Beurteilung auch des politischen Gegners zur Sache getragen. Dann aber hat er in Köln sehr überzeugig ver sucht, die liberalen Wähler in den Zentrumsstaat zu ziehen.

Lehrigen versteht es gut, daß sich Sicherheit über die Zusammensetzung des Präsidiums erst nach dem Zusammentreffen der Fraktionen ergeben wird. Insbesondere wird die sozialdemokratische Fraktion selbst darüber entscheiden, wie sie sich zu dieser Frage verhalten wird. Alle bisherigen Meldungen können nur den Wert von Vermutungen haben.

Die Erbschaftssteuer soll durchgedrückt werden.

Scheinbar von offiziöser Seite wird gemeldet, daß der Bundesrat sich demnächst mit der Erbschaftssteuer beschäftigen wird, die dem Reichstage dann zugehen soll. Die verbündeten Regierungen werden versuchen, die Vorlage unter allen Umständen durchzutragen, da die Steuer zur Deckung der Kosten der neuen Flotten- und der neuen Militärvorlage bestimmt ist und sie nicht nur für das gezielte, sondern auch für das allein empfehlenswerte Mittel, die Kosten der neuen Heeres- und Flottenversicherung zu decken, gehalten werden müsse. — Man scheint die Heeres- und Marinesteuern auf diese Art dem Volke schadhaft machen zu wollen!

Die Deutsche Zeitungsschrift, das Blatt für Kaiser und Reich, bennet in einem Beitrag zu der Sache: „Wollte die Regierung gegenüber dieser Sachlage die Heeres- und Flottensteuer mit einer Erbschaftssteuer verknüpfen, so würde sie doch ungefähr das umflüstern tun, was sich überhaupt nur denken läßt; und sie würde die Wehrmachtsvorlagen vermutlich ernsthaft gefährden.“ — Welche Angst haben die Jünger vor der Erbschaftssteuer!

Trostorden.

Am Sonntag war „Ordensfest“ im Berliner Schloß. Da erhielten der Zentrumsführer Freiherr v. Hertling den Roten Adlerorden zweiter Güte mit dem Stern, der Dre-

Klassenjunior Rabe v. Pappenheim deßgleichen, aber mit Eichenlaub, dagegen mußte sich das sozialdemokratische Polizeigränzen-Westarp mit dem Roten Adler vierter Güte begnügen. Wie steht dagegen Jordan v. Kröcher da mit dem Kronenorden erster Güte? Auch der eldäische Zentrumsmann Bonde schreibt kriegerisch was ab, und als eine Abschlagszahlung für treue Hilfe für die Schwarzenblauen fanden auf die Ordensliste zwei Landtagsabgeordnete der Linken, der Nationalliberalen Matthes und der Fortschrittl. Kronohn. Auch der Fortschrittl. Guno erhielt zum Trost dafür, daß er nicht mehr kandidiert, den Kronenorden 4. Klasse. . . Nicht übel war es übrigens auch, daß beim Ordens-Märchendienst über dieses Thema aus dem Ritterbrief gepredigt wurde: „Ich ermahne euch, liebe Brüder, durch unsern Herrn Jesum Christum und durch die Liebe des Geistes, daß ihr mir helfet kämpfen und betet für mich zu Gott.“ — Was aber nicht vom Durchfall schützt.

Wer terrorisiert?

Es ist notwendig, den wirklichen Terroristen ihre eigenen Schandtaten immer wieder vorzuhalten. Im Kreise Stralsund u. Frankfurt a. M. (Müggen) sichten die Liberalen in Stichwahl mit dem konserватiven Landrat v. Malzahn. Um die Geschäftsführer von Stralsund gefügig zu machen, werden ihnen Stichschläge auf den Wagen angebracht. In einem Eingangsland im Stralsunder Tageblatt werden die Bürgen Bürger aufgeschreckt: „Kauft überall, nur nicht in Stralsund!“ — Da die Müggen „Schwarz getäuscht“ vor dem Wahlergebnis der Stadt Stralsund stehen. In einem anderen Eingangsland heißt es im Hinblick auf den landrätslichen Kandidaten:

„In naher Zukunft wird höchstwahrscheinlich die Brückenfrage zur Entscheidung kommen. Zum mindesten aber werden grundlegende Geschäftspunkte festgelegt werden, ob bei Überquerung des Stralsundes nur dem internationalem Verkehr gedient oder für Stralsund durch Fußgänger- und Wagenverkehr über diese Brücke ein weites, kaufkräftiges Hinterland erschlossen werden soll... Stralsund ist durch Verlegung des Hafens für den Schwedenverkehr nach Schönly schon einmal fertiggestellt worden. Werden die Stralsunder diesmal etwas vorsichtiger sein?“

Mit anderen Worten: Der liberale Kandidat, Pastor Heyn, hat in diesem Hause keinen Einfluß die Macht des Landrats geht bedeutend weiter, ergo, Ihr wählt Herrn v. Malzahn, oder eure wirtschaftlichen Interessen werden geschädigt. So arbeiten die konserватiven Christenmenschen.

Eine Wahlrechtvorlage für das Herzogtum Braunschweig wird nach einer den braunschweigischen Nachrichten zugespannten Information dem am Mittwoch den 24. Januar zusammenstehenden braunschweigischen Landtag zugesehen. Sie sieht eine Reform des Wahlrechts auf Grund des Dreiklassenwahlsystems mit direkter und geheimer Abstimmung vor.

Im März 1910 erklärte der braunschweigische Staatsminister v. Cito im braunschweigischen Landtage, daß innerhalb der Regierung die Aenderung des Wahlrechts heranreife, doch man sich über die Form des neuen Wahlrechts noch nicht schlüssig geworden sei. Nach zwei Jahren ist endlich die Regierung auf das preußische Wahlrecht als Muster eines Wahlrechtsmodells verfallen! Jetzt besteht die „Vorberichtigung“ in Braunschweig aus 48 Abgeordneten, von welchen 15 die Städte, 15 die Dörfer und 18 die wahlberechtigten Verwüststände (2 Katholiken, 4 protestantische, 8 Gewerbevereine, 8 akademische Gebäude und 6 Höchstbesteuerte) in das laufende Parlament entsenden. Und nun glaubt die braunschweigische Regierung, daß Gott mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht abgestimmt. — allerdings bei direkter und geheimer Stimme abgab — gutreden zu können.

Älterer Dienst der Gesetzesschreiber.

Im Entwurf des Militärrechts 1912 ist, wie die Wil.-Vol. Not. hält, für Preußen, Sachsen und Württemberg eine Fortsetzung, die es vom Oktober d. J. erneut ermöglicht, daß ähnlich die über das Rekrutentumübergangsverhältnisse befreit werden, und die Gesetzesschreiber zu Übungen einzuziehen. In gleicher Weise abschlägt Bayern vorzugehen. Die Eingezogenen sollen für den nächsten Winter darauf bestehen, daß das Gesetzesschreiberamt die Sicherheit einer unparteiischen Handhabung der Geschäfte bietet, und daß der Rückzug links in der Zusammensetzung des Präsidiums zum Ausdruck gelangt; dies würde unbedingt erfordern, daß einer der Vizepräsidentenposten, jedenfalls der erste, aus den Reihen der Sozialdemokratie entnommen wird.

Die Wahl des Grafen Bosadowsky zum Präsidenten wird mehrfach, besonders in den Reichspresse, angeregt. Dieser Vorschlag kommt auf den ersten Augenblick nicht unimpassibel erscheinen. Aber der alte Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt, ist schon wiederholt durchbrochen worden, und unserer Fraktion dürfte kaum sehr viel daran gelegen sein, jetzt diese Aufgabe zu übernehmen. Unsere Fraktion dürfte aber ebenfalls darauf bestehen, daß das Vizepräsidiumposten die Sicherheit einer unparteiischen Handhabung der Geschäfte bietet, und daß der Rückzug links in der Zusammensetzung des Präsidiums zum Ausdruck gelangt; dies würde unbedingt erfordern, daß einer der Vizepräsidentenposten, jedenfalls der erste, aus den Reihen der Sozialdemokratie entnommen wird.

Die Regierung unter konservativer Wahlterroristik.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Die Deutsche Zeitungsschrift

hatte befürchtet eine ziemlich deutliche Tropfung an Herrn v. Rothmann - Holweg und die Minister gerichtet für den Fall, daß es wagen sollten, trotz der konserватiven Einladungspartei zur Wahl des Generalen Davidowitsch aufgerufen wurde, dadurch zu beweisen, daß sie plausibel ein Vorwand in die Wahlhube drücken. Ob das der Agitator der Konservativen sein sollte?

Neuer Reichstagskandidat. Für den doppelt gewählten Grafen v. Mielegnöhl stellen die Volks für Fleiß-Kabinett nicht Herrn Auton, sondern den Diplom. Bosviel an.

Der Niedorfer Wahlrechtsauftakt. Im Jahre 1910 versuchte man in Niedorf das Wahlrecht zu überprüfen, indem das sogenannte „Andererwegen“ jahrl. angewendet und die Steueraufstellung in Übereinstimmung mit der dritten Wählerliste nicht richtig gehandhabt wurde. Der Reichskanzler und die Minister haben sich, wie man weiß, dem konserватiven Verbot nicht gefügt, und die Deutsche Zeitungsschrift ihren Vetoen jetzt mit, daß entgegen der konservativen Wahlparole „keine Stimme einem Wahlkandidaten“ der Reichskanzler und die Minister an die Urne getreten seien. Das weitere wird nun wohl folgen . . .

Konservative Stellungnahmen.

In Jätschau, Wahlkreis Gütersloh I. Zus., besuchten die Konservativen eine sozialistische Wählerversammlung, in der der Wahl des Generalen Davidowitsch aufgerufen wurde, dadurch zu beweisen, daß sie plausibel ein Vorwand in die Wahlhube drücken. Ob das der Agitator der Konservativen sein sollte?

Der Niedorfer Wahlrechtsauftakt. Im Jahre 1910 versuchte man in Niedorf das Wahlrecht zu überprüfen, indem das sogenannte „Andererwegen“ jahrl. angewendet und die Steueraufstellung in Übereinstimmung mit der dritten Wählerliste nicht richtig gehandhabt wurde. Der Reichskanzler und die Minister haben sich, wie man weiß, dem konserватiven Verbot nicht gefügt, und die Deutsche Zeitungsschrift ihren Vetoen jetzt mit, daß entgegen der konservativen Wahlparole „keine Stimme einem Wahlkandidaten“ der Reichskanzler und die Minister an die Urne getreten seien. Das weitere wird nun wohl folgen . . .

Neuer Reichstagskandidat. Für den doppelt gewählten Grafen v. Mielegnöhl stellen die Volks für Fleiß-Kabinett nicht Herrn Auton, sondern den Diplom. Bosviel an.

Der Niedorfer Wahlrechtsauftakt. Im Jahre 1910 versuchte man in Niedorf das Wahlrecht zu überprüfen, indem das sogenannte „Andererwegen“ jahrl. angewendet und die Steueraufstellung in Übereinstimmung mit der dritten Wählerliste nicht richtig gehandhabt wurde. Der Reichskanzler und die Minister haben sich, wie man weiß, dem konserватiven Verbot nicht gefügt, und die Deutsche Zeitungsschrift ihren Vetoen jetzt mit, daß entgegen der konservativen Wahlparole „keine Stimme einem Wahlkandidaten“ der Reichskanzler und die Minister an die Urne getreten seien. Das weitere wird nun wohl folgen . . .

Ausland.

England.

Gewerkschäften und Arbeiterversicherungsgesetz.

Ik. London, 22. Januar. Besonders geht eine der wichtigsten Bestimmungen des Royal Geographical Arbeitsversicherungsgesetzes dahin, daß Gewerkschäften Träger der Versicherung sein können, indem sie sich als „gewohnte Versicherungsvereine“ etablieren. Während es niemand einfiel, diese Bestimmung bekämpfen zu wollen, ja die

Gewerkschäften sofort zu der Überzeugung kamen, daß es ein Lebensinteresse für sie sei, sich diese Bestimmung tatsächlich zu nutzen, hat sie doch viele Gewerkschaftskreise mit ihrer Bejegnis über die möglichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Arbeiterorganisationen erfüllt. Die Sicherungen wuchsen in dem Maße, wie der Entwurf durch unverständige und zum Teil unverhältnismäßige Ämternments komplizierter und seine Wirkungen unberechenbar wurden.

Es ist ein typisches Beispiel für die englische Regierungspolitik, die sie von Regierungen anderer Länder so deutlich unterscheidet, daß sie sich sofort die größte Mühe nahm, die Belehrungen und das Misstrauen der Gewerkschäften nach Möglichkeit zu zerstreuen. Das Versicherungsgesetz am, dem das Versicherungsgesetz sehr weit Machtwagnisse voraus, denn das auch mehrere frühere Gewerkschaftsführer angehörten, hat vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen des Versicherungsgesetzes auf die Gewerkschaften besprochen werden sollen. Das Versicherungsgesetz macht bei dieser Gelegenheit den Gewerkschaftsführern das Anbieten, daß es bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaften einzrichten wolle, die die soziale Versicherungstätigkeit der Gewerkschäften auszuüben haben werden. Werner will das Versicherungsgesetz bevorzugt Vortragschulen für solche Gewerkschaftsführer angehören, die vor einigen Tagen alle herausragenden Gewerkschaftsführer zu einer Konferenz zu sich eingeladen, auf die die vorwissenschaftlichen Wirkungen

gibt werden, so daß nähere Nachrichten über die im Inneren stattgefundenen Kämpfe nur spärlich einkommen. Der Anführer der Revolutionäre, Ondorio Arias, bat ein Manifest erlassen, in dem er an seine Landsleute die Aufruhrerung rüttet, sich der Bewegung anzuschließen. General Toribio ist an der Grenze bestäbt, um den Vordringen des Aufständischen Widerstand zu leisten. Horacio Guazquez, der sich im Exil in St. Thomas befindet, soll mit Federico Guazquez zu einem Einvernehmen gekommen sein. Wie es heißt, wird nach Beendigung der Revolution der letztere zum Präsidenten der Republik erwählt werden.

Der Putsch in Paraguay.

Guayaquil, 22. Januar. Die Regierungstruppen sind gegen das Landes. Sie fordern die Übergabe von Guayaquil, der einzigen Stadt, in der noch die Revolution herrscht, die nunmehr als militärische Hauptstadt bestimmt ist, dem Lande. Sie haben die Macht übernommen und sind dabei zu einer Zerstörung der öffentlichen Verwaltung und der privaten Eigentumsrechte übergegangen.

China.

Die Revolution.

Peking, 23. Januar. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Führern der Revolutionären haben hier einen vollständigen Umsturz der Dinge in Folge gehabt. Nach einem Kabinettstreit, in dem die Abdankung des Kaisers erkannt wurde, beschloß die Kaiserin-Mutter nicht abzudanken und ließ den Krieg bis zum äußeren fortzuführen. Es ist bereits zu kleineren Zusammenstößen zwischen Kaiserlichen und Revolutionären gekommen. Der Verteidiger der Kaiserlichen Truppen im Norden von Nanking, General Chang Yu Sun, erklärt, daß er in der Lage sei, die unter ihm stehenden 100.000 Mann Truppen in kurzer Zeit auf 100.000 zu erhöhen. Er sei nicht gewillt, Beschlüsse, die ihm von der neuen Regierung zugingen, zu befolgen. Das Verhalten, das Quantifai beobachtet, erfreut vielen nicht darüber. Er scheint nicht die Absicht zu haben, die Chinesen zu ergreifen. Wie man in hervorragenden chinesischen Kreisen weiß, soll der Gesundheitszustand des Mannes, auf den beide ganz China sieht, höchst ungünstig sein, worauf wohl auch seine wenig erfolgreiche Politik der letzten Zeit zurückzuführen ist. Kuangchihai sagte, er wünsche nicht den Tod auch nur eines Chinesen und er werde alle Anstrengungen machen, um das Land einem dauernden Frieden zu zuführen. Er verläßt sich ferner, daß die Streitwaffe der Kaiserlichen Familie jetzt geringer sei als damals, als gewisse diplomatische Verbindungen ihm finanzielle Unterstützung verprahnen, die jedoch nie gekommen sind. Dadurch sei er seinerzeit bewogen worden, mit den Revolutionären einen Waffenstillstand abzuschließen, der besser nicht geschlossen wäre. Allenthalben bedauert man, daß Kuangchihai seine Drohung, abzudanken, ausführen wird.

Byzanz oder Demokratie?

pv. Konstantinopel, 22. Januar.

In dem Augenblick, wo ich diese Zeilen niederschreibe, hält das türkische Parlament seine letzte Sitzung vor der Auflösung ab. Götterlich war der Anfang dieser ersten Legislaturperiode des durch die Revolution geborenen Parlaments, schmälerlich ihr Ende. Bedeutet das den Bankrott des Parlamentarismus in der Türkei? Durchaus nicht, es bedeutet nur den Scheitern der herrschenden Elemente der alten Türkei, die das Parlament gebrauchen wollten, um ihre alte Herrschaft neu aufzurichten.

Dem mit Abdul Hamid war bloß die Person gestiftzt und nicht einmal das System, vor allem jene sozialen Elemente nicht, auf die sich das System stützte. Das zeigte sich sowohl in der Tätigkeit des Parlaments wie in dem Auftreten der Regierung und in dem Schlusskampf, der beide auseinanderdrückte. Nach und die Schöpfer dieses Parlaments zu dessen Tötungsmorde mache.

Nach seiner Zusammensetzung bestand dieses erste Parlament in der Hauptstädte aus Guischarten, Beamten und Geistlichen und einer Vermischung von Adelsfamilien und Kaufleuten. Das war durchaus natürlich, denn die türkische Revolution sah nicht, wie in Russland, von unten, und die Vollkommenen rückten erst zur politischen Bedeutung erzogen werden. Die herrschenden Elemente waren die ersten am Platz, um ihre Interessen unter dem neuen Regime wahrzunehmen, und sie bildeten dieses erste Parlament. – zunächst stand das Parlament in der Hände der revolutionären Autorität des „Komitees“. Aber das „Komitee“ zeigte durch seine Tätigkeit nach der Revolution, daß es selbst Fleisch vom Fleische und Blut vom Blute dieser herrschenden Elemente sei.

Es suchte sich gerade auf diese herrschenden sozialen Schichten zu richten, sich dem sozialen Milieu des Parlaments anzupassen. Und es entfernte sich zielbewußt von den Vollkommenen.

So geringsfügig auch die Organisationen des „Komitees“ vor der Revolution waren, so hatten sie doch einige Führung unter Arbeitern und Handwerkern, und einige ihrer Mitglieder unterstützten die Schaffung von Handwerkerverbündungen. Das hörte mit der Revolution auf. Die Handwerkerorganisationen wurden vernachlässigt, die Komiteeleute entfernten sich immer mehr vom wirklichen Volke und nahmen schließlich den Arbeitern gegenüber eine direkt feindliche Stellung ein. Wenn auch die Gesetze, die das Streikrecht der Arbeiter der öffentlichen Betriebe einschränken, vorgenommen wurden, so ist doch der Volkserfolg, der gegen die Arbeitergewerkschaften und gegen die sozialistischen Organisationen geführt wird, der eigene Initiative des „Komitees“ zuzuschreiben.

Das „Komitee“ war überhaupt bestrebt, sich nicht als revolutionäre, sondern als staatsbehaltende Kraft zu entfalten. Getreu dieser Taktik suchte es auch in der auswärtigen Politik Anschluß nicht an die Volker, sondern an die herrschenden Elemente. Sie erlebten die Genugtuung, daß die türkische Revolution nicht nur salafähig, sondern selbst hoffähig wurde. Das Land aber hat das schwer büßen müssen. Sie suchten Freundschaft mit der Hochfinanz, und die Hochfinanz verlangte, daß sie ihr Vaterland verkaufen. Sie suchten Freundschaft mit den Regierungen, und die Regierungen verlangten, daß sie ihnen ihr Vaterland verräten.

Außerdem je mehr der revolutionäre Klimbus des „Komitees“ schwand, desto mehr wogen sich im Parlament einzelne Interessengruppen hervor. Der Kampf um die Macht, um die periodische Ausübung der politischen Stellung, um die Teilung der Beute, der alle politischen Vertretungen charakterisiert, wenn sie sich aus Leuten zusammenfügen, die an einer beobachtete soziale Stellung, an Macht und Reichtum gewöhnt sind, trifft immer mehr um sich.

Da einige unter den Komiteeleuten auch persönlich stehen, daß sie es wohl verstehen, Macht und Stellung zu erhalten, und den politischen Einfluß geschäftlich auszunützen, so führen die Alten die Jungen einfach als Emporkommende auf, die sich in ihre Reihen drängten. Unter diesen Umständen war sowohl ein Parteien mit den Jungen wie aber auch ein

Widerstand ihnen gegenüber möglich. Die Alten begannen sich zu regen; ja, sie traten jetzt selbst als Jungen auf, lernten die parlamentarischen Waffen zu gebrauchen und machten Opposition — zum Schutz des Parlamentarismus, im Interesse ihres eigenen Emporkommens.

So entstand ein wahres Chaos von Interessengruppen, Intrigen, Beutejägerei, ein persönliches Ringen und Würgen, wobei kein Mittel unbekannt blieb, infolge Neugeldmord und Bandesberat — kurz, die alte Byzanz lebte unter dem parlamentarischen Regime wieder auf.

Aber wenn auch der Parlamentarismus diese Entwicklung nicht hat verhindern können, so führt er doch selbst über sie hinaus. Die wilden Kämpfe kleiner Gruppen lassen keine einzige dieser Gruppen auf die Dauer an der Macht erhalten.

Die Gruppe, die an der Macht ist, vereinigt schließlich alle anderen gegen sich. Das ist es, was jetzt in der Türkei geschieht, woraus sich der Bruch zwischen der Regierung und dem Parlament erklärt. Sodann aber spielen sich alle diese Interessengruppen im Parlament vor den Augen des Volkes, in breiter Öffentlichkeit ab, sie diskreditieren die Parteien und erwecken den Protest der Volksmassen, wobei die jedesmalige Opposition eifrig bemüht ist, diesen Protest durch ihre Agitation möglichst zu verschärfen und zu verallgemeinern. Und diese unglückliche Wirkung des Parlament, d. h. daß das Parlament die Politik der herrschenden Elemente den Volksmassen offenbart, sie war der zweite und ausschlaggebende Grund für die Auflösung des türkischen Parlaments. Die Meinung liegt allein in der politischen Betätigung der Volksmassen.

Byzanz oder Demokratie? — so steht das Problem vor der Türkei. Byzanz bedeutet aber für die Türkei zugleich den Untergang.

Der Tripolis-Krieg.

Konstantinopel, 23. Januar. Nach einem Bericht des Tanin war der neue Kampf bei Saragossa ein großer türkischer Sieg. Die Griechen wurden bis an die Stadtmauern zurückgedrängt und hielten 100 Tote sowie einen Verlust großer Mengen von Munition, Waffen und Versorgungsvorräten.

Der unbedeckte Markt.

Id. Rom, 22. Januar. Da der Kriegsvertreter des Abant, Genosse Valera, schon im Dezember aus Tripolis aufgewichen war, weil die von ihm gegebenen Verlustzahlen sich nicht mit denen der offiziellen Bekämpfung deckten, hat der Abant umfangreich den Versuch gemacht, für den Genossen Valera die Ausschiffungsverlautbarkeit für Tripolis zu erhalten. Valera hat aber diese Erlaubnis verweigert und ausdrücklich hingeworfen, daß er keinen Korrespondenten des Abant auf dem Kreuzschiff dulden würde. Um nun diese diplomatischen Abreihen des Ministerpräsidenten zu umgehen, hat unter Parteiblatt den Abgeordneten Genosse Valenti erachtet, als Rechtsanwalt noch Tripolis zu gehen. Einem Abgeordneten kam nämlich die Ausschiffungsverlautbarkeit nicht bewilligt werden und es durfte auch schwer halten, ihn später auszuweisen.

Der Proteststreit gegen Tripolis vor Gericht.

Id. Rom, 22. Januar. In Modena sind 22 Parteigenossen wegen angeblicher Ehezuge während des Proteststreits gegen die tripolitanische Expedition verurteilt worden. Der Staatsanwalt hat insgesamt 22 Jahre Gefängnis beansprucht. Das Gericht beschreibt sich auf Gefängnisstrafen von 3 bis 7 Monaten. Das Bevölkerungsgericht hatte so gut wie gar nichts gegen unsere Genossen ergehen, aber heute, wo die Reisekosten auch im Innern sehr hoch sind, muß jeder Sozialist erstaununglos verkürzt werden.

Der italienisch-französische Zwischenfall.

Paris, 23. Januar. Nach einer Meldung aus Rom hatte der französische Gesandtschafter Legrand mit dem Minister des Außenamtes San Giuliano eine Unterredung über den Manoia-Zwischenfall. Legrand ersuchte genauso den ihm erteilten Zusicherungen um Freilassung der 29 Türken, die in Cagliari zurückgehalten werden. Der Minister verabschiedete seine Antwort auf morgen, da er sich vorher mit dem Ministerpräsidenten besprechen müsse. Die Verhandlungen werden, wie es scheint, in freundlichstem Weise fortgeführt.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

31. Sitzung vom 24. Januar, vor 11½ Uhr.

Am Regierungssitz: v. Seydelwitz.

Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Eisenbahngesetzestexte.

Über Kapitel 16 Titel 25 des ordentlichen Gesetzes für 1912/13, Erweiterung der Eisenbahnlinien in Dresden-Reichenbach, erhielt Abg. Knoblock (lom.) Bericht.

Abg. Dr. Stich (lom.) wünscht bei dieser Gelegenheit Erklärung des Staatsantrags auf der Oberseite.

Darauf werden die eingestellten Mittel von 343 000 M. bewilligt. Für den Umbau des Haltepunktes Gundersdorf bei Röhrsdorf in einen Bahnhof sind im Titel 25 Kapitel 16 169 000 M. eingestellt. Nach dem Antrage des Reichsratsabgeordneten Abg. Klemisch (lom.) erfolgt die Bewilligung der Summe.

Der folgende Antrag der Tagesordnung betrifft Kapitel 16 Titel 19, Einschätzungen zur Gestaltung der reichsgesetzlichen Sicherungsforderungen. Für diesen Zweck werden als 10. Rate 425 000 M. gefordert. Abg. Jägle (soz.) beantragt, die Summe zu bewilligen.

Vizepräsident Dr. Dietrich (Volks.) bemerkt, nach Mitteilungen aus Kreisen des Reichspersonals hätten sich die alten sächsischen Fahrsymbole besser bewährt als wie die auf Grund der reichsgesetzlichen Vorschriften eingeführten. Man sollte deshalb wenigstens auf den Niedersachsen die alten Fahrsymbole im Interesse des Reichspersonals wieder einführen.

Finanzminister v. Seydelwitz: Die reichsgesetzlichen Vorschriften beruhen auf eingehenden Erörterungen, namentlich über Sachverhalte, die gehört werden. Eine Worseldeinführung besteht nicht. Wenn einzelne Beamte die neuen Einstufungen schließen, so erklärt sich das darum, daß sich diese Beamte zu sehr an die alten Fahrsymbole gewöhnt haben und sich mit der neuen Einstufung nicht ohne weiteres freiemachen können.

Die Kammer beschließt im Sinne des Antragstellers.

Zu Titel 25 des außerordentlichen Gesetzes sind für Gewährung von Baubehörden aus Staatsmitteln an gemeinnützige Bauvereine und Baugenossenschaften zur Verfestigung der Wohnungsbefähigung von Eisenbahnbediensteten eine Million Mark eingestellt. Abg. Jägle (soz.) beantragt als Verleihschalter die Bewilligung der Summe. Abg. Woerner (soz.) bitte die Regierung, daß der Begehrung dieser Gelder nicht auf einzelne Orte gezielt wird, sondern daß sie auf das ganze Land verteilt werden. In Gnaseldorf würden bereits 7 Prozent aller Wohnungen leer, trotzdem solle ein Teil der Gelder dorthin fließen. Ein Brüderpaar hierfür könne man aber in diesem Falle doch kaum annehmen.

Abg. Dr. Dietrich (Volks.) schlägt sich dem Vorreiter an und fragt die Regierung, ob auch solche Baugenossenschaften auf Unterstützung zu rechnen haben, deren Mitglieder nicht vorwiegend Eisenbahnarbeiter sind.

Vizepräsident Drähdorf (soz.): Wenn von den Vorrednern geagt wird, daß die Wohnungspolitik alle dem ganzen Lande zugute kommen, so läuft sich aus von unserem Standpunkt dagegen nichts.

einwenden, der Abgeordnete Woerner hat aber, wenn auch in indirekter Form, die Wohnungspolitik der Regierung kritisiert, als er behauptete, daß der Bau von Arbeitersiedlungen an Orten unterstützt würde, wo hierzu kein Bedarf vorliege. Diesen Einwand haben wir schon sehr oft erlebt, wenn es sich darum handelt, von Seiten der Versicherungsanstalt und der Gemeinden den Bau von Kleinwohnungen zu fördern. Sobald man aber der Sache auf den Grund geht und die zur Verfügung stehenden Wohnungen prüft, stellt es sich heraus, daß es sich entweder um große Wohnungen handelt, die die Arbeiter nicht erneut können, oder um Arbeitersiedlungen, die so traurig beschaffen waren, daß selbst einem Arbeiter nicht zugemutet werden konnte, in sie hinein zu ziehen. (Sehr richtig! bei den soz.) Wir erachten die Regierung, auf dem bekräftigten Wege fortzufahren. Wir müssen noch mehr Erfolge mit dieser Wohnungspolitik erzielen, damit die Haushalte der gezwungen werden, die Wohnungen in gutem Zustande zu erhalten.

Finanzminister Dr. v. Seebewis: Die Bedingungen, unter denen Darlehen gegeben werden, sind im Defekt niedergelegt. Allerdings muss ein Bedarf vorliegen. Sind am betreffenden Orte hinlänglich Wohnungen vorhanden, sollen keine Gelder bewilligt werden. Bedingung ist auch, daß den Genossenschaften eine größere Anzahl Eisenbahner angehört. Es werden aber auch Genossenschaften unterstützt, die erst in der Bildung begriffen sind.

Abg. Biener (soz.): Kritisiert ebenfalls die Geschäftsbuchhaltung bei Herausgabe des Darlehens. Darlehen sollten nur an Orte vergeben werden, wo ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, sonst wird der Erfolg nur des sein, daß sich die Privatbautätigkeit vom Bau von Wohnhäusern noch mehr zurückzieht.

Hierauf wird der Titel bewilligt.

Debattoles werden zur Vergabeierung der Güterkupplungen und zum Bau eines Güterabfertigungsgebäudes auf dem oberen Bahnhof Plauen (Vogtland) nach der Vorlage 116 000 Mark und für die Umgestaltung der bestehenden Deuben und Einsiedelberg sowie für den viergeschossigen Ausbau zwischen Pfeifferhappel und Station 116 DW als letzte und achte Etage 40 000 M. bewilligt.

Eine Petition des Gemeinderats zu Wachau mit Heide und Genossen um Errichtung einer Eisenbahn von Grünthal über Oberleiser nach Sebnitz wird, nachdem die Abg. Demmler (soz.) und Strobl (soz.) vorliegenden Entwurf als ungünstig angesehen, abgelehnt. Finanzminister v. Seydelwitz hat hierbei, daß gerade das Ergebnis ein ziemlich dichtes Eisenbahnnetz habe. Zu verlegenden Gleise würden sich nicht einmal die Betriebsstellen deuten, infolgedessen können in absehbarer Zeit an den Ort der Wahn nicht gebaut werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag mittag 12 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

Gemeinderat für Sonntag.

Deutscher Arbeiter-Aktionenbund, Ostragehege Dresden. Abends 8½ Uhr Generalversammlung im Volkshaus.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 25. Januar:

Südwestwind, heiter, etwas kälter, vorwiegend trocken.

Witterungsstand — 52 cm.

Dresdner Polizeibericht vom 24. Januar.

Durch eigenes Verhölden geriet in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr auf dem Güterbahnhof in der Friedrichstraße ein Wagenräder beim Anrollen einer Lott zwischen die Wagen und trieb eine starke Quetschung der Brüder, mehrere Arbeiter und Verletzungen an der Lunge davon. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Ein gleich schwerer Unfall trug sie tags zuvor, abends gegen 7 Uhr, auf dem Güterbahnhof auf der Rosenstraße zu. Hier wurde ein Wagenräder beim Überqueren eines Gleises von einer Lokomotive zu Boden geworfen, wobei lärm der rechte Fuß abgerissen wurde. Der Entwederlegte, der auch noch einige Rippenbrüche und einen Bruch des Nierenbeins erlitten hatte, wurde ebenfalls nach dem Krankenhaus gebracht. Der Lokomotivführer trieb keine Schwere.

Am 18. Januar ist in dem Hofraum Alemannenstraße 21 ein älteres Fahrrad Nr. 140 101 aufgefunden worden. Eine Angeige liegt nicht vor. Der Eigentümer kann sich bei der Kriminalabteilung melden.

Vor einigen Tagen sind wiederholt in den Nachstunden die an der Villenvorstadt, Reichsstraße 32, angebrachten Glasfenster durch mutwilliges Herablassen von Glashüpfen beschädigt worden. Schuß-Ermittlung des Täters werden etwaige sachdienliche Feststellungen an die Kriminalabteilung erbeten.

Letzte Telegramme.

Der italienisch-französische Zwischenfall.

Paris, 24. Januar. Der Matz behauptet, daß die italienische Regierung die Forderungen Frankreichs bestätigt. Die Rückgabe der 29 italienischen Gefangenen annehmen werde. Dem Echo de Paris zufolge telegraphiert der gesuchte nachmittags in Rom eingetroffene Reichschafter Barreto, daß die italienische Regierung die Absicht habe, die Lücken festzulegen, sobald ihre Identität festgestellt sei, und die nach Cagliari entsandte Kommission, die die Lücken einer medizinischen Prüfung unterziehen soll, das Ergebnis dieser mitgeteilt habe. Im maßgebenden französischen Kreis erhält man in diesem Vorgehen einen Beweis dafür, daß die italienische Regierung auf ihrer bislangigen bebauerten Haltung beharrt. — Das Blatt meldet ferner, daß der französische Gesandtschafter in Rom, Verrand, nach dem von ihm begangenen仪容 (Versehen) kaum auf seinem Posten verbleiben werde. Der Ministerpräsident habe gestern eine lange Unterredung mit dem Reichschafter Cordon gehabt. Am Palais d'Orsay finden große Veränderungen unmittelbar bevor. Mehrere Blätter greifen den italienischen Reichschafter Tito sehr festhaft an und behaupten, es sei sehr unwahrscheinlich, daß er noch lange in Paris bleiben könnte.

Paris, 24. Januar. Nach einer Plättnermeldung aus Tanger hat das militärische Vorgehen der Spanier in Tanger und El-Jaz, wodurch die französischen Verbündeten verhindert wurden, daß die französischen Kreise, sondern auch bei allen Ausländern großen Unmut erregt. Die Verbündeten verschiedener Großmächte lenken die Aufmerksamkeit ihrer Regierungen auf das Verhalten des spanischen Reichs, deren Adjektiv offenbar dagegen ist, daß die Einflusszone alle nicht spanischen Unternehmen auszuschließen.

Die chinesische

Ballsäle Deutscher Kaiser

Leipziger Strasse 112 Dresden-N. Leipziger Strasse 112

Freitag den 26. Januar

Dresdens größter, schönster und amüsantester, öffentlicher

Masken-Ball

Prachtvolle Dekoration, geschaffen von den berühmtesten Meistern darstellend
Ein Fest in Weiß und Grün.

Zwei Künstlerkapellen spielen ununterbrochen die neuesten Tänze und Märsche.
Anfang 7 Uhr. Demaskierung 11 Uhr. Ende früh 4 Uhr.

Alter Dessauer, Niedergorlitz

Strassenbahnlinie: Böhlitz - Bölkow. Nr. 7

Freitag den 26. Januar

Großer örtl. Maskenball

Leben und Treiben in der Pausa. Prachtvolle Dekoration. Originelle ungarische Rapsodie. Sonntagskonzert in der Schlosshalle (ungarische Schule). Anfang 8 Uhr. Ende 8 Uhr. Um gütigen Zufluss bitten. Reich. Würdig und Graz. Maskengarderobe und Abzeichen im Hause.

Kaisers Geburtstag, Sonnabend den 27. Januar 19.2

Centralhalle,

ununterbrochene Ballmusik.

Gasthof zum Ross, Radeberg.

Donnerstag den 26. Januar: 2. Operettenspiel. Operettenspiel. Direktion: G. Richard. Polnische Wirtschaft. Operette in drei Akten von Krzyz. und Czontowski. Musik von Jean Gilbert. Erstmals seit 1914. Im Vorberlauf bei Herrn Schub. Wiesel 1. Bl. 70 Pf. 2. Bl. 40 Pf. An der Straße: 1. Bl. 80 Pf. 2. Bl. 50 Pf.



Offizielle Str. 14. Tel. 3102. Böttchstraße 24. Tel. 3070. Bismarckplatz 13. 4162. Wettinerstraße 17. 1635. Eingang Lindenaustrasse. Böttchstraße 43. 1735. Bismarckstraße 12. Tel. 2806. Böttchstraße 27. 4558. Bismarckstraße 10. 1530. Bismarckstraße 5. 2967. Bismarckstraße 4. 2261. Bismarckstraße 11. Tel. 4571. Bismarckstraße 11. Tel. 4571. Kontore und Lagereltern: Wölkische Str. 1. Telefon 1894.

Eine vorzügliche Speise

besonders wenn gekräutert und dann mit gebräunter

Wurstsalat und mit Kartoffelsalat garniert, sind

frische grüne Heringe

wieder wieber frisch von den Fanggründen

eine Waggonladung

in feinster Qualität eingetroffen ist.

5 Pfund nur 55 Pf.

bei mindestens 50 Pf. a 9 Pf. Volutollo 1.20 M. die etwa 220 Pf. schwere Original-Rille 13.50 M.

Ausführliche, gedruckte Kochrezepte gratis.

Weiter heute direkt aus See eingetroffen:

Kabljau, von 1-2 Pf. hochfeinstes "Hölzel." 28 Pf.

Kabljau, ohne Kopf, in H. großen Stückn. 28 Pf.

Seelachs, ohne Kopf, im H. "Hölzel." 26 Pf.

Wiederverkäufer erhalten besonders ermäßigte Preise bei mindestens 50 Pfund einer Sorte.

Wir empfehlen:

Allgemeiner

Hand-Atlas

über sämtliche Teile der Erde.

48 Kartenblätter

mit 184 Karten, Diagrammen, Tabellen

Preis 4 Mark.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Große Zwingerstrasse.

Fischhaus

Gr. Brüdergasse 15/17

Bockbier.

Montag bis Sonnabend

Ursprüngliche

Bodmusit

WOBSA

Bockbier-Auslachank

Montag bis Sonnabend

Fidele Bier-Musik!

Restaur. Rose

Wittelsb.

am 14. Februar verstorben ist.

Den Verstorbene seinen Ehren zu erinnern.

Richard Schönherr

am Montag gestorben ist.

Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittag 8 Uhr

der Halle des Friedhofs aus.

Wir ersuchen die Vereinigungen, dem Verstorbene reichlich das letzte Geleit zu geben.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Dresden, Güte-Muths-Straße Nr. 27, 1.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik

am 22. Januar 1914 verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr auf dem

Friedhof aus.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter,

treuerhafter Sohn, unter unvergeßlicher Vater, Bruder,

Schwager, Sohn und Onkel

Richard Schönherr, Zigarettenfabrik</p

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

92-19-

Dresden, Mittwoch den 24. Januar 1912

23 Задачи

Sächsische Angelegenheiten.

Die Gemeindesteuerreform vor dem Landtage.

Die zweite Kammer verhandelte gestern über die drei Gesetzentwürfe, die die Regierung zur Reform des Gemeindesteuerwesens dem Landtage vorgelegt hat: das Gemeinde-, das Schul- und das Kirchensteuergesetz. Das erste der drei Gesetze ist grundlegend für die beiden andern, und so erstreite die Debatte zunächst auf dieses. Von bürgerlicher Seite, besonders aus der konservativen Fraktion, fand das Gesetz in der Hauptstadt zuerst eine ziemlich einheitliche Zustimmung. Die Nationalliberalen nahmen einen ähnlichen Standpunkt ein, die Kritik erging sich mehr in Einzelheiten, das Prinzip der steuerlichen Lastenteilung wurde dagegen weniger angegriffen. Gegen die Absicht des Entwurfs, Gewerbesteuern einzuführen, wandte sich besonders Abg. Kleinhempel, ohne freilich zu bedenken, daß die in seiner eigenen Gemeinde Wilkau unter seiner Führung eingeführte Illuststeuer der Gewerbesteuern ziemliche Norm darstellt. Einer scharfen und auf den Grund gehenden Kritik unterzog Genosse Lange die Einführung der Einkommensbesteuerung durch die Gemeinden auf einen bestimmten Vertrag, die den Besitz begünstigende Ausgestaltung der Progression gegenüber dem Staatssteuerarist, das Hinterbleiben auf indirekte Steuern und die sich aus allem ergebende Benachteiligung der besitzlohen und auf niedrige Einkommen angewiesenen Klassen. Die Richtigkeit an sich des Gemeindesteuerwesens durch Staatsgericht zu regeln, erkannte er an, dagegen lehnte er das Schulsteuergesetz ab, solange nicht für den Schulbedarf die seite Grundlage durch das dem Landtage vorliegende Volksschulgesetz geschaffen sei. In der weiteren Debatte ist eine ganz beachtenswerte Kritik, die der Herrn Roth an dem Gesetze stieß, der Erwähnung wert. Gegen den Schluß hin kam noch Genosse Ritz die zum Vortrag eintrautes Bild von der Leistungsfähigkeit der Gemeinden entwarf und gefügt darzu die Erwähnung gewisser Gemeindelosten durch den Staat forderte, die Edelmetallwirtschaft, die Bildung von Fonds und andere Fragen der Gemeindesatzungspolitik behandelte, das indirekte Steuerwesen bekämpfte und im Sinne der Rede des ersten Fraktionssprechers forderte, daß von sozialem Geiste und Gerechtigkeit auch das Gemeindesteuerwesen getragen sein müsse. Nachdem noch der Herrn Roth die Darlegungen seines Parteifreundes nach der Seite des Schulsteuerwesens hin ergänzt hatte, war das Interesse an der Sache erstaunlich erschöpft, so daß trotz einer langen Reihe noch eingesetzter Redner gegen die Stimmen einiger konservativer Gemeindevorstände, die gern noch ihr Licht leuchten lassen wollten, die Debatte gesetzlosen wurde. Die Vorlage ging zunächst an die Kommission.

Die Belebung gegen die ehemalige Wallstraße

Das Weißtäschchen

Wie bereits in unserem ersten Artikel über die neue Volksaufzehrung ausgeschrieben worden ist, soll die bisherige Leitung der Volksküchen auch in Zukunft beibehalten werden. Insbesondere soll auch den Gemeinden nach wie vor geholfen sein, mehrere Volksküchen — höhere, mittlere und niedrige — nebeneinander einzurichten. Damit ist den Standortdistanzenen Tür und Tor geöffnet, die allgemeine Volksküche aber zunächst abgelehnt. Zur Begründung dieses recht rationalen Standpunkts führt die Regierung u. a. folgendes aus:

hinsichtlich der Gestaltung der Volksschule überläßt der Entwurf in keiner Weise einstimmung mit dem Antrage der zweiten Standesfammt der Schulgemeinde selbst die freie Entscheidung darüber, ob sie eine allgemeine Volksschule oder ob sie mehrere Arten — einfache, mittlere, höhere Volksschule — unterhalten will.

Unter der bisherigen Freiheit der Gemeinden hat sich das
öffentliche Volksschulwesen auf eine weithin anerkannte Höhe ent-
wickelt. Zu hantlichem Eingreifen in den bisherigen Entwicklungs-
gang liegt deshalb keine gründende Veranlassung vor. Der gesch-
ickte Einführung der allgemeinen Volksschule (das ist:
einer Schule für die schulpflichtigen Kinder jeder Schul-
zeiterne mit einem dem Stande der gegenwärtigen mittleren
Volksschule entsprechendem Stundenmaße von Stunden) würde an-
ihm nichts eingerichtet, aber sie würde in den zahlreichen finanziell
oft schwachen kleinen Schulgemeinden überdauert kaum möglich sein
und es würden damit die gegenwärtig an vielen Orten bestehenden
höher ausgestatteten Volksschulen betroffen werden. Auch würde es
nicht zu tun sein, die allgemeine Volksschule gelegentlich für alle Ge-
meinden zugänglicher zu machen, ohne doch gleichzeitig ein Verbot jedes
Primitivschulbesuches und jedes Primitivunterrichtes ausge-
setzt werden würde, wovon natürlich nicht die Rede sein kann. Bei den
meisten Kreisen der Elternschaft notwendlich in den Städten noch
verordneten Anschauungen würde möglicherweise die nächste Folge
eine Überfüllung und ein Nebeneinanderbestehen der Primitivschulen sein,
eine Entwicklung, die im Hinblick auf die wünschenswerte Förderung
und die Leistungen der öffentlichen Gemeindeschulen als uner-
wünscht, im Hinblick auf die finanziellen Folgen als ungeeignet be-
gutachtet werden müßt.

Durch den Hinweis darauf, daß man in eingelben Ländern auch mit der allgemeinen Volksschule gute Erfahrungen gemacht habe, werden diese Vorwürfe nicht völlig befehligt; auch dort, wo es in jeder Schulgemeinde nur eine Art öffentlicher Volksschulen geden soll, bestehen doch, wie das nicht anders sein kann, in der Organisation und Besorgniß auch in den Bildungszielen der eingelben Volksschulen des Landes sehr große Verschiedenheiten (z. B. in Bayern zwischen den Volksschulen in München und denen kleinen Gemeinden). Leider sind nur Preußen neben der allgemeinen Volksschule die Mittelschule, Württemberg die gehobene Volksschule (Mittelschule), Baden die besondren Schulabteilungen mit fremdsprachlichem Unterricht (Bürgerschulen), eben die erweiterten Volksschulen (Bürgerschulen, Mittelschulen für Niedertiere usw.).

der Stundenzettel der allgemeinen gemeinschaftlichen Volksschulbelange auch durch Veranstaltungen eines schulähnlichen Privatunterrichtes darf durchgeführt werden.

Der Entwurf will aber in feiner Weise die Gemeinden davon hindern, überreinige die allgemeine Volksschule einzurichten, fördert diese Einrichtung sogar durch manche Bestimmungen. In den weitaußen Schulgemeinden besteht übrigens auch jetzt bereits nur eine Schule. — Schon bisher waren die Schulgemeinden in der Wahlinsel nicht völlig frei, ob sie z. B. Wohl § 18 Absatz 3 des geltenden Volksschulgesetzes vorziehen, doch war es das bestreite Gedächtnis erheilt, die

mittlere und höhere Volksschulen zu errichten hat. Der Entwurf bestimmt dagegen, daß, wo es die Verhältnisse gestatten, die Volksschule nicht als einfache, sondern als mittlere eingerichtet werden soll (§ 8, I Absatz 2). Damit sollen möglichst vielen Schulgemeinden die Vorteile der besser eingerichteten mittleren Volksschule gemacht werden, während von einer besonderen geistlichen Einwirkung auf die Errichtung höherer Volksschulen unbedenklich abgesehen werden kann.

Coweit die Regierung. Sie muß zugeben, daß man in anderen Ländern mit der allgemeinen Volkschule gute Erfahrungen gemacht hat. Rieged etwas Stichhaltiges kann sie gegen die Einheitsschule nicht vorbringen. Der Hinweis, daß auch bei Einführung der allgemeinen Volkschule gewisse Verschiedenheiten zwischen den Volkschulen einzelner Gemeinden bestehen würden, ist völlig hinfällig. Es handelt sich doch vor allem darum, alle Volkschulen des Landes zur Höhe der mittleren Volkschulen zu erheben und dem Standes Schulung in den größeren Gemeinden einen Siegel vorzuschieben. Ein Anwachsen der Privatschulen ist in Bayern nicht in besonderem Maße zu verzeichnen gewesen. Wir wollen übrigens die Frage ganz offen lassen, ob man da einen Siegel vorziehen soll, wenn die Besitzenden die Täuflichkeit so weit treiben, ihre Kinder lieber in Privatschulen als in allgemeine Volkschulen zu schicken. Nedenfalls darf aber die Regierung diejeni Täufel und damit dem Standes Schulung keine Koncessonen machen, wie sie es tatsächlich tut. Der Volkschulgesetzenwurf ist in diesen wie in manchen anderen Punkten vernachlässigt, weil man die Sonderwünste der besitzenden Klasse in libertierbener Weise berücksichtigt. So ist der Entwurf ein Spiegelbild des heutigen Klassenstaates mit edler böhmischer Färbung.

Die Lehrerpreise über den Volksschulgesetzentwurf.

Die Leipziger Lehrerzeitung kommt bei einer Velpredung der neuen Volksschulordnung zu folgender zusammenfassender Charakterisierung: „Der Entwurf ist im wesentlichen nicht weiter als eine Neuauflage des Gesetzes vom 26. April 1873. Fremdwörter sind hierbei, lowest es möglich ist, durch deutsche Bezeichnungen ersetzt. Der sprachliche Ausdruck ist im allgemeinen klarer und durchsichtiger gestaltet. Einige Bestimmungen der Ausführungsverordnung und der von jener ministerielle Erlass handenden Ausnahme im Gesetz selbst. Verschiedene Unstüdheiten und Lüden des alten Gesetzes wurden beseitigt. Mit ver einzeltan völlig überlebten und unhalbaren Zuständen ist ganz oder teilweise aufgeräumt worden. Der Verwaltungsmechanismus wurde die und da vereinfacht. Von einer durchgreifenden Umgestaltung des ländlichen Volksschulwesens nach den Vorderungen der modernen Lebens und nach dem gegenwärtigen Stande der Pädagogik kann aber absolut keine Rede sein. An dieser Tatsache ändert es sich, dass einige kleine Änderungen vorgenommen werden.“

dem Völkerunterricht angegebene Weise im vorliegenden Sinne ausgedeutet sind. In Frage kommt die Ausgestaltung des Höllis- und Fortbildungsdörfchens und die Errichtung der dadurch notwendig werdenen Friedhofsverbände. Hier hat der Entwurf Neues und Gutes geschaffen, das soll nicht verloren werden. Aber für ein Volksschulgeley sind all diese Dinge ziemlich nebenständlicher Name. Fortschrittlche Bestimmungen auf diesen Gebieten beeinflussen die Volkschule selbst nicht im mindesten und sind darum für den Wert des ganzen Gesetzes völlig belanglos. Bei der Beurteilung eines Entwurfs zum Volksschulgeley kommt einzige und allein in Betracht, in welcher Weise den Anforderungen des Volksschulwesens Nachdruck gegeben wird. Taron hängt sein Wert oder Unwert ab. Von diesem Standpunkte aus betrachtet bedeutet aber der vorliegende Entwurf keinen leichten wie wesentlichen Fortschritt.

Amilie Wahlhilfe für die Sozialdemokratie.
In Oelsnitz i. V. erschien am Wahltage in den Nachmittagsstunden ein elegant gekleideter Herr in einem der Wahllokale und stellte sich dem Wahlvorsteher als Abgesandter des Herrn Amtschauptmann vor, der beauftragt sei, sich zum Heranholen von sämigen Wählern zur Verfügung zu stellen. Der Wahlvorsteher wies den Herrn ab: er habe nichts damit zu tun, der Herr solle sich an die Kandidaten der Parteien wenden. Der ließte nun schmeichelhaft auf den sozialdemokratischen Kandidaten zu: „Der Herr Amtschaupmann lobt mich, daß ich sämige Wähler mit veranhole“. Eben wollte der Genosse diesen tellenen Wahlhelfer bestärken, als der Wahlvorsteher in richtigiger Erkenntnis der eigenlichen Zweckbestimmung des Herrn Abgekündigt diesen zu dem häuerischen Parteivertrater dirigirte. Dort stand er dann

Verjährung.

Bekleidigung des sächsischen Kriegsministeriums.
Am 20. September v. J. brachte die Leipziger Volkszeitung eine Notiz, wonach der Oberstleutnant v. Bodenhausen zum Obersten des Illawerregiments in Dötzsch befördert sei. Dieses Regiment sei wegen schändlicher Soldatenunfechthandlungen in ganz Deutschland bekannt geworden, und im Reichstage sollte über die Besörderung ein Wörlein geredet werden. Es stellte sich aber heraus, daß hier ein Irrtum unterlaufen sei, da Oberst v. Bodenhausen von Worms nach Dötzsch versetzt war. Die Leipziger Volkszeitung berichtigte daher ihren Artikel, aber sowohl der Kriegsminister als auch der Oberststellten Strafantrag wegen Bekleidigung. Der verantwortliche Redakteur Gen. Müller wurde daher zu 400 M. Geldstrafe verurteilt.

Die fachlichen Krematorien im Jahre 1911.
 In den fünf Kindersicherungsanstalten, die vor Königreich Sachsen gegenwärtig aufzuweisen hat, waren im Jahre 1911 folgende Ergebnisse zu verzeichnen (die Ziffern von 1910 stehen in Klammern): Leipzig 960 (478), Chemnitz 630 (643). Dresden (das Krematorium bestand am 31. Dezember neben Monate) 328. Altona 250 (200), Böhlen 140 (139). In den 29 Verbrennungsanstalten Deutschlands wurden im vergangenen Jahre insgesamt 7550 Kindersicherungen (gegen 6074 im Jahre 1910) ausgeführt. Die Erhöhung der Kindersicherungszahl um 1481 im Jahre 1911 mag als eine besonders starke bestätigtet

Die Schreibmühlen-Zechen haben im der Weidezeit eine
große technische Durchsetzungskraft. Nach der Städte- und

ben 1709 Getreidebüchsen geähnelt, die zusammen 792 734 Tonnen vermahlten. Es entstehen auf die einzige Mühle durchschnittlich 46 Tonnen. Die Vermühlungsgrenze ist jedoch im einzelnen sehr verschieden. Es verarbeiten 1477 Mühlen noch unter 500 Tonnen, 89 Mühlen zwischen 500 und 1000 Tonnen, 100 zwischen 1000 und 4500 Tonnen. Wenn es nun auch nur 25 Töpfchen gibt, die vom 4500 bis 10 000 Tonnen vermahlen, und noch 12 gesetzte Mühlen, so erzielen doch gerade diese bei nahe die Hälfte der Gesamtproduktion, nämlich 48 Prozent.

X. Chemnitz. (Ein aufgehobenes Urteil der
Großherren-Kammer.) Wegen Vergehens gegen § 153
der Gewerbeordnung in Verbindung mit Bekleidung und
Wölbung waren unter dem Vorw. des Amtsgerichts-
Gefährdet vom Chemnitzer Schöffengericht verurteilt worden:
der Zimmergeschäftsinhaber Naden und der Blumener
Mördchner zu je zwei Monaten Gefängnis,
der Blumerer Morgenstern wurde mit 14 Tagen
Gefängnis belegt. Die Beweisaufträge der Beschuldig-
ten waren abgelehnt worden und das Urteil war gestellt
worden in der Hauptstrophe auf die Aussagen der als
Zeugen vernommenen Strafantragsteller Blumeret Riefer und
Nahm, sowie dessen Arbeitgeber, Baugeschäftsinhaber Kemp.
Die Anklage hatte zum Grunde angebliche Vorgänge beim
Von der Ausstellung „Haus und Hof“ auf dem Sportplatz
in Chemnitz-Altendorf. Dort sollten die Angeklagten die un-
organisierten Blumerer Riefer und Nahm beleidigt und be-
droht und außer Arbeit gebracht haben, weil sie nicht organ-
isiert waren. Naden hatte vor dem Schöffengericht darauf
hingewiesen, daß er bei den Vorgängen überhaupt nicht
zugegen gewesen war und sich deshalb gar nicht hat be-
teiligen können; auch darauf hatte er hingewiesen, daß er
als Zimmergeschäftsinhaber dem Verbande der Zimmerer nicht
angehört. Dafür hatte er Beweis angeboten, den zu erheben
das Gericht aber abgelehnt und die Angaben Nadens als Un-
wahrheit betrachtet hatte. An der Verurteilungsverhandlung wurde
aber durch umfangreiche Zeugennachfragen dem Verdächtigten
Naden zu keinem Rechte verholfen. Die Verhandlung nahm
5½ Stunden in Anspruch. An der Beweisaufnahme wurde durch
das Lohnbuch Kemp und durch das Journal des S. Polizeibezirks-
wache, sowie durch den Zeugen Wallly unzweifelhaft festgestellt,
dab die anderen Zeugen alle sich bezüglich des Zeitpunktes
der Vorgänge gefertigt hatten. Dem Verdächtigten Naden konnte
nicht nachgewiesen werden, daß er sich auf dem Sportplatz
befunden und an den Vorgängen sich beteiligt hatte; auch
wurde der Nachweis erbracht, daß er dem Zimmerer-Verband,
wie er selbstständig ist, nicht mehr angehört. Er sowohl als
auch der Wiederaufgeführte Morgenstern, dem die angebliche
Bekleidung der Unorganisierten nicht nachgewiesen werden
konnte, wurden freigesprochen. Dagegen wurde die
Verurteilung Mördchners verworfen; seine Schuld wurde als
erwiesen erachtet.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Weim Modeln ertranken 19 in Wittenberg das fünfjährige Kindchen des Arbeiters Schlosser. Der Kleine fuhr mit seinem Schlitten in die Mutter und verschwand unter dem Elfe. — Weim Schleusenbau der Zufahrtstrassen zur Flöhaer Wasserleitung verhinderte sich Montag oben aufhalb 5 Uhr ein schweres Unglücksfall. Anlaufe des steinigen Geldbeutels waren nach Sprengungen nötig. Durch einen verdeckten losgegangenen Sprengsatz entliefen drei Arbeiter durchbare Verletzungen. Der Arbeiter Michael erlitt u. a. so schwere Kopfverletzungen daß er beide Augen eingebrochen ist. Schwerlich unverletzt wurde auch der Arbeiter Gischke; mehrere Kugelverletzungen wurde ihm der Unterschäfer zugefügt. Ferner wurde dem 42 Jahre alten Arbeiter Röde außer mehreren Fleischwunden der rechte Arm gebrochen; der lebenswichtige Brünnengräber kam ins Wasser, während die ersten beiden ledig hub. Alle drei fanden im Stadtkrankenhaus Aufnahme. — Auf dem Betriebschacht in Schmöckwitz bei Berlin wurde in vergangener Nacht der Bergarbeiter Heinrich Weizmann aus Cottbus von 115000 herabstürzenden Steinmassen vermagert. Obwohl langjähriger Bergungsbetrieb gelang es den Rettungsbeamten des Bergungsvereins, diesen zu bestreiten. Ihm war der rechte Arm vollständig abgesprengt, der linke Arm zweimal gebrochen und die innernen Verletzungen, die er erlitt, sind so schwer, daß an seinem Überleben zweifelt wird. — Der 53jährige Handelsmann Gottlieb Schädelich aus Bitterberg starzte auf der Station Hermsdorf (Oberschlesien) auf dem Eisenbahngelände. Er wurde überfahren und verletzt. Schädelich hinterläßt eine Witwe und sechs Kinder. — Der handarbeiter Dreßel, der wegen Ermordung seiner Tochter vom Schwurgericht Plauen zum Tode verurteilt worden war, ist vom König zu lebenslänglichem Justizhause abgeurteilt worden. — Der Soldat Schmidt von der 1. Kompanie des 134. Infanterie-Regiments in Plauen schoß sich eine Bleistafel in den Mund und verletzte sich tödlich.

Stadt-Chronik

© 2007 by Pearson Education, Inc.

Man schreibt uns: Am Postplatz ist zurzeit das Telegraphenamt verübt. Dieses Gerüst sieht auf den ersten Blick sehr solid aus. In Wahrheit kann es aber gefährlich werden, nicht nur für die Arbeiter, die darauf beschäftigt sind, sondern auch für die Passanten. An den Neubauten des Finanzministeriums, des Postministeriums, des städtischen Bahnhofs am Elbberg und noch einigen anderen sind derartige Gerüste ganz oder zum Teil vom Winde umgeworfen worden. Niemand will dann die Schuld tragen, man schreibt die Sache unbekannten Umständen zu. Wie möchten hiermit auf die Schwächen

tausend Schritte aufmerksam.
Da die unteren Etagen benutzt werden, hat man wohl schwer Veränderungen anbringen können. Das obere Stück ist im Bau begrissen, so daß Veränderungen, wenn solche dort überhaupt angebracht sind, oft weggeworfen werden müssen und bei einem eventuellen Sturm das Gerüst am Gebäude selbst fast nicht beschädigt ist. Der untere Teil kann durch die vom Erdboden aus angebrachten Streben einzergreifigen als gesichert betrachtet werden. Schlecht ist es aber um den oberen Teil bestellt, der durch die Bretterwände dem Winde eine volle Aus-

griffsfähige hielte. Diesen oberen Teil sollten gute Diagonalsicherungen halten. Die Hölzer, die zu diesem Zweck angebracht sind, könnten diesen Dienst verrichten, aber die Diagonalsicherungen

verschiebungen sind so angebracht, daß einem das schöne Holz leid tun könnte, das dazu verwendet ist. Auf Bruchfestigkeit können diese Hölzer im Querschnitt von 12×6 Zentimeter bei einer Länge von ca. 6 Meter keinen Anspruch erheben, da das Trägheitsmoment zur kleineren Länge nur in Rechnung gestellt werden kann. Auf die Berechnung auf Zug brauchen wir uns nicht einzulassen, weil bei Anbringung dieser Streben auf Abscherungsfestigkeit keine Rücksicht genommen ist.

Das Bolzenloch bei den meisten Streben ist ca. 7 Zentimeter vom Ende der Streben. Es kommt daher eine Ufersfläche von $7 \times 6 \times 2$ in Anrechnung, sind 84 Zentimeter. Den Erbauer des Gerüsts, die Reichsbauleitung und den Rat zu Dresden, letzteren, weil er für die Sicherheit der Passanten zu sorgen hat, ersuchen wir, mal nachzurechnen, ob rund 36 Quadratzentimeter Ufersfläche einen Schub von ca. 5000 Kilogramm auszuhalten vermögen, natürlich Nichtenholz, das hierbei in Frage kommt. Einen solchen Druck wird ungefähr eine solche Strebe bei einem Orfan auszuhalten haben. — Dem Daten sei die Bauweise des Gerüsts durch einen Vergleich etwas klar gemacht: Die Diagonalbeschreibungen sind die schwachen Hölzer, die kreuzweise an der Außenseite des Gerüsts durch eiserne Bolzen an die senkrechten Verständer angeschraubt sind. Cirka 7 Zentimeter vom Ende dieser Hölzer ist zum großen Teil das Bolzenloch. An Stelle dieser Hölzer denkt man sich ein Lineal, wie es die Kinder in der Schule haben. An einem Ende des Lineals ist in der Regel ein Loch, durch das man es an einen Nagel hängen kann. Angenommen, es ist ein hölzernes Lineal, das Loch ist 1 Zentimeter vom Ende, man hängt das Lineal an einen Haken, ergreift es und hebt die Höhe in die Höhe, dann fliegt man auf die Nase, weil das Loch ausreicht. Dieses Loch reicht aber nicht aus, wenn es 10 Zentimeter vom Ende ist, und das Lineal würde das Gewicht eines Menschen gut aushalten.

Diese Diagonalverstrebungen sind zwar leicht stärker als ein Vierseit, aber die hölzernen haben einen weit größeren Zug auszuhalten. Man sehe sich das Gerüst an und denke sich, daß der Sturmwind auf diesen Quadratmeter dieser Breitwand mit ca. 250 Kilogramm dagegen stoßt, dann kann man sich auch als Viele einen ungefährigen Überblick verschaffen, welchen Zug diese Strebeböhlzer auszuhalten haben. — An dieser verfehlten Siedle hat das Publikum ein Interesse daran, daß Gefahren abgewendet werden, denn wollen die Dresdner Einwohner warten, bis vielleicht sie oder ihre Angehörigen dort unter Trümmern begraben werden, dann ist es zu spät. Auch „zufälligen“ Unfällen muß vorgebeugt werden!

Der unflitliche Schiebetanz.

Die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und -Neustadt tragen sich mit dem Plane, den sogenannten Schiebe- und Spachenanz in den öffentlichen Tanzlokalen zu verbieten. Begründet wird das Vorhaben, daß der Schiebeanz geeignet sei, bei den Besuchern die Sinnlichkeit zu reizzen. Die beiden Amtshauptmannschaften beabsichtigen, mit der Polizeidirektion in dieser Frage gemeinsam vorzugehen. Diese hat jedoch erklär, daß sie ein Einschreiten gegen diese Tänze ablehne, weil die Saalwirte selbst darauf achten, daß in ihren Lokalen nicht anständig getanzt wird. Die Amtshauptmannschaften haben sich aber nicht verblüffen lassen. So hat die Altstadter bereits ein Verbot ausgearbeitet, wonach die Tanzwirte, die die Ausführung dieses anständigen Tanzes dulden, bestraft werden sollen. Die Teilnehmer des Tanzes werden mit Geldstrafen bis 60 M. oder entsprechenden Haftstrafen bedroht. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, die ebenfalls für ein solches Verbot ist, soll zwecks eines gemeinschaftlichen Erlasses eines solchen Verbots angespannt werden.

Die Pension des Reußvertretenden Bürgermeisters.

Ein interessanter Rechtsstreit läßt sich jetzt vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht einen endgültigen Abschluß. Der Riemermeister Kreisheimat legte gegen die Stadtgemeinde Bernstadt auf Zahlung von Pension. Der Kläger war von 1898 bis Ende 1900, also zwölf Jahre lang, Ratsmitglied und stellvertretender Bürgermeister in Bernstadt. Nach Ablauf seiner Amtsperiode wurde er nicht wiedergewählt. Er beanspruchte darauf vom 1. Januar 1910 ab lebenslängliche Pension, und zwar in Höhe der Hälfte seines Jahresgehalts von 75 M., also 37,50 M. Zur Zeit der Wahl des Klägers zum stellvertretenden Bürgermeister galt nämlich noch das Ortsstatut vom 1. Juli 1877, das bestimmte, daß der Stadtrat aus einem besoldeten Bürgermeister, einem besoldeten stellvertretenden Bürgermeister und vier unbesoldeten Ratsmitgliedern zu bestehen hat. Die beiden Bürgermeister werden auf 6 bzw. 12 Jahre gewählt. Werden sie nach Ablauf dieser Zeit nicht wiedergewählt, so haben sie Anspruch auf die Hälfte ihres Gehalts als Pension. Das Gehalt des Bürgermeisters ist auf 120 M., das seines Stellvertreters auf 75 M. festgelegt. Dem Stellvertreter ist nadgeschlossen, einer gewerblichen Verpflichtung nachzugehen. Im Jahre 1910, nachdem die Differenz der Stadtgemeinde mit dem Kläger erstanden war, hat der Stadtrat das Ortsstatut geändert. Danach besteht nunmehr der Stadtrat aus einem besoldeten Bürgermeister und fünf unbesoldeten Ratsmitgliedern. Außerdem früheren besoldeten Ratsmann, der zugleich die Funktion eines stellvertretenden Bürgermeisters ausübt, ist also jetzt ein unbesoldeter geworden, doch erhält dieser eine jährliche Entschädigung von 75 M. Der Stellvertreter des Bürgermeisters ist auch nicht pensionsberechtigt. Würde sich nun der Kläger zur Begründung seines Anspruchs auf das alte Ortsstatut beziehen, will die Stadtgemeinde das neue in Anwendung gebracht sehen, indem sie die Meinung vertritt, das alte Ortsstatut habe in Widerruftrug mit den Veränderungen des Revidierten Städteordnung gestanden, wonach unter besoldeten Ratsmitgliedern nur solche zu verkehren seien, die ausdrücklich ihre Zeit und Kräfte in den Dienst der Kommunalverwaltung stellten. Das alte Ortsstatut sei somit rechtsgültig gewesen. Die Kreishauptmannschaft Bayreuth verurteilte die Stadtgemeinde zur Zahlung weil das alte Ortsstatut anzuwenden sei. In ihre hierzu eingelegten Berufung bestätigt die Stadtgemeinde die Richtigkeit der Ansicht der Kreishauptmannschaft. Der Kläger sei nicht besoldeter Ratsbeamter im Sinne der revisierten Städteordnung gewesen (die Kreishauptmannschaft hat ihn seinerzeit als solchen ausdrücklich bestätigt), sei es auch nicht dadurch geworden, daß er tatsächlich im Ortsstatut als besoldeter Beamter aufgeführt worden sei. Das Oberverwaltungsgericht vermocht jedoch der Rechtsauffassung der Stadtgemeinde nicht zu folgen und verwirkt deshalb die Berufung mit dem Bemerkung, daß der Wortlaut des damals geltenden Ortsstatuts maßgebend sei. Die Stadtgemeinde haftet die Kosten des Prozeßes zu tragen.

Su dem rätselhaften Vorfall

der Trabentengasse zählt die Polizeidirektion noch mit:
Das Motiv der Tat ist noch immer unergründet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Unbekannte in das öffentliche Haus an der Trabentengasse kam, um das dort wohnende Mädchen zu ermorden und zu verbauen. Verschiedene Einzelheiten, die die Untersuchung bisher gütige gefördert hat, sprechen dafür. Vor allem lädt der Umstand, daß der Tätsche ein felsiggeschäftiges großes Messer bei sich trug und daß er, nachdem sein Opfer um Hilfe schrie, sofort unter Zurücklassung von Umhang und Messer entfloß, darauf schließen, daß es sich nicht bloß um einen Verbrechen handelte, das in dem öffentlichen Hause nur durch Mißhandlung eines Mädchens Bestrafung einer abnormen geistig-mentalischen Neigung suchte. Es ist aber die gegenstellige Ansicht keineswegs von der Hand zu weisen und es ist recht gut möglich und sogar wahrscheinlicher, daß der ganze Vorfall nur eine widerliche Szene in Eienentreichen darstellt. Wenn auch das Motiv der Tat und die Person des Täters noch nicht feststeht, so ist es der Polizei doch geübt, einige Spuren aufzutreiben, die vielleicht zur Ermittlung des Unbekannten führen. zunächst ist mit großer Bestimmtheit anzunehmen, daß der Tätsche in Beziehungen zu einer vorläufig noch unbekannten Frau steht, die folgendermaßen beschrieben wird: sie befindet sich in hochschwangerem Zustand, ist etwa 25 Jahre alt, etwa 160 Centimeter groß, jedenfalls erheblich unter 170 Centimeter groß, hat volles rundes Gesicht mit aussäulend feiner Nase, dunkelblonde Haare und spricht schwäbische Mundart. Sie wurde mehrmals beobachtet, wie sie (einmal in Begleitung des Unbekannten) die Bettlerstraße nach dem Stadtzentrum zu ging und am Strohburger Kurbasar (Ecke Bettler- und Groingasse) verschwand. Es ist daher zu vermuten, daß die Unbekannte und vielleicht auch der unbekannte Tätschling aus der Trabentengasse in dieser Stadtgegend (Bettler-, Zwingerstraße usw.) wohnen. Ferner ist es der Polizei gelungen, zwei Mädchen zu ermitteln die den fliehenden Mann in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gegen 11 Uhr (nicht um 12½ Uhr, wie ursprünglich angenommen wurde) am Schiebhaus laufen sahen. Er war noch in herangelerter Kleidung. Die Schleicherin aus der Trabentengasse war ihm dort auf den Fersen, die beiden Mädchen verloren ihm den Weg, und er rannte deshalb, um ihnen auszuweichen, in den Torweg des Grundstücks Nr. 21 Am Schiebhaus. Bis er sah, daß er in eine Godgasse geraten sei, lief er zurück, riß die beiden Mädchen zur Seite, gelangte so wieder auf die Straße und bog nunmehr in eiliger Flucht in den Hinterweg ein wo seine Spur verloren ging. Etwa zehn Minuten später verlochten die beiden Mädchen ihn wieder aufzuspüren. Wenigstens fanden sie einen Mann, in dem sie den Verfolgten vermuteten, gegen 11 Uhr in der Oststrasse auf der mit geraden Hausnummern versehenen Straßenhelle in der Richtung gegen die Marienkirche laufen. Nachdem sie ihm eine Strecke vorgezeigt waren, verschwand er in einem der Häuser: 18, 20, 22 oder 24 der Oststrasse oder in der Beimoserstraße. Die Polizei erfuhr uns, daß Signalement des Unbekannten, das sich in einigen Punkten ergänzt hat, nochmals bekannt zu geben: Etwa 30 Jahre alt, etwa 160 bis 170 Meter groß (mittelgroß), schlank, dunkle (?) Haare, Anflug von blondem Schweißdöschen, schwaches, blasses, abgedreht, fröhliches Gesicht mit eingefallenen Wangen, dunkle, leuchtende Augen und breiter Hand. Bekleidet war er mit fahl- und pfleckerfarbenem Schumphem Jodertanz, dessen eine Nadiasche ganz heruntergerissen ist, und braunem weißem Filzhut. (Es ist aber auch möglich, daß er jetzt eine Sportmütze trägt.) Ferner trug er bis zum 18. Januar eine Pelzline. Dem allgemeinen Leidetzen nach macht er den Eindruck eines Arbeiters, der große Handarbeit macht und davon schwitzt. Seine Hände hat

Sitzung der Stadtverordneten am 25. Januar, abends 7 Uhr. Aus der Tagesordnung: Wiederherstellung des außerhalb des städtischen Ausstellungsgeländes gelegenen, zu

Wesen der Internationalen Hygiene-Ausstellung benötigen Geländes und die Neugestaltung des Sportplatzes und der Glüngwiesen. Bewilligung eines Beitrages von 12 000 M. zu den Kosten des 4. Internationalen Kongresses für Kunstunterricht, Zeichnen und angewandte Kunst Dresden 1912. Schreiben des Rates, in dem vorgeschlagen wird, die Dienstbotenkrankenkasse vom Jahre 1912 an in bezug auf die Pflegesternermäßigungen den anderen Krankenkassen gleichzustellen. Erhebung des Beitrages zur Dienstbotenkrankenkasse für das Jahr 1912 in der bisherigen Höhe von 15 M. jährlich. Ermäßigung der Gebühren für die Benutzung von Gefrierkästen in der Hauptmarkthalle und die Tendierung des Gebührentariffs. Schreiben des Rates zu dem abweichenden Beschluss der Stadtverordneten zu der Vorlage über die Neuregelung der Verhöldungsverhältnisse der Lehrerinnen an den städtischen höheren Mädchenschulen. Abschluß neuer Verträge mit den an den gleichen Hochschulen und der Königl. Akademie der bildenden Künste bestehenden Studenten-Krankenkassen über die Versiegung erkenntner Studierender in den städtischen Kranken-

Eine Fleischversorgungsgenossenschaft wurde in einer nach Stadt Peterburg berufenen Versammlung beschlossen. Es soll auf genossenschaftlichem Wege Vieh eingekauft und an die Mitglieder Fleisch im eigenen Verkaufsraum abgegeben werden. Außerdem wird die Genossenschaft die Zusammenfuhr der Küchenabfälle in Dresden besorgen und in eigenen Mälzereien an Schweine usw. versüttern. Der Anteil beträgt 20 R. Zum ersten Vorsitzenden des Vorstandes wurde Herr Alexander Henne, Dresden-Plauen, zum ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrates Herr Dr. Eduard Schramm, Mafatmin gewählt.

Den Gasabnehmern ist bei der jetzigen Röthe zu empfehlen, bei dem Verlassen der Wohnungen sieb diejenigen Brennerhähne zu schließen, bei denen sogenannte Kleinsteller in Gebrauch sind. Es kann vorkommen, daß während der Abwesenheit der Bewohner Einspeisungen mit Spiritus zur Beseitigung von Rauchfrostbildungen in der Gasleitung vorgenommen werden, in deren Folge dann die Ründsämmen an den Kleinstellern verblieben, wodurch an diesen Stellen leicht Gasausstürze entstehen könnten.

Wahlabrechnung. Die im Auftrag des Bezirkssekretariats im zweiten Wahlkreis tätig geweisenen Genossen, die noch nicht mit dem Sekretariat abgerechnet haben, werden erlaubt, dies bis Donnerstag mittag unter Aufzähle ihrer im Sekretariat erhaltenen Registrierungsliste zu tun. Auch sind bis dahin alle noch ausstehenden Referenteneinschätzungen im Sekretariat zu erledigen. Alle später eingetretene Anspitze müssen direkt bei den Wahlbeamten erledigt werden.

REGELN BEI DER

Gewerbege richt.
Amtshauptmannschaft Dresden-Lößnitz.
Der Böhme Teutler Voigtländer flagte gegen die Firma Höndrich in Wiederitzsch auf Zahlung von 25 M. reichenden Gehalts für hinabgeworfene Entlastung. Er war gegen einen Monatsgehalt von 100 M. bei der Besoldung beschäftigt und am 14. November nach seiner Entlastung unrechtmäßig entlassen worden. Bei der Anprangnahme des leichten Gehaltsrechts von 3,50 M. hat er ein Formular unterschrieben, welches die Worte enthiebt „zum wölflichen Ausgleich meiner Forderung an die Firma Höndrich“. Es kommt hierbei nur darum, ob die besagten Worte schon bei der Unterschrift über dem Formular gestanden haben. O. läßt dies durch einen Vertreter bestreiten, während es die Firma durch Zeugen beweist. Infolgedessen wurde der Kläger mit seiner Forderung durch Urteil abgewiesen und hatte 8 M. Kosten zu zahlen.

Begrenztes Sichtfeld der Weiger-Untersuchung

gegen minderungloser Entlohnung auf zwei Wochen Lohn, à 28 M.
und 4,50 M. für geleistete Überstunden. Die Firma bestreitet, daß
d. nochforderungen an sie habe, denn selbst wäre es nicht emp-
funden worden, sondern nach einer Auseinandersetzung mit dem
Meister selbst gegangen, zweitens habe er auf Grund der Arbeits-
abrechnung kein Recht, Überstunden bezahlt zu verlangen, und drittens
hat auch er beim Abgang das omnino Formular unterschrieben,
daß er keine Forderung an die Firma mehr hat. Der § 2 der von
Kläger unterschriebenen Arbeitsordnung bestimmt, daß er „wenn
Bedarf“ länger zu arbeiten hat. Vom Vertreter der Firma wurde
zuletzt gemacht, daß jeder Arbeiter bei Wochenlohn die Sonne und
Feiertage mit bezahlt erhält und deshalb seine Ansprüche auf Be-
zahlung der Überstunden machen können. Kläger will das Cutitius-
formular beim Unterschreiben nicht durchgelesen haben. Es wurde
ihm auseinandergelest, daß ein erwachsener Mensch alles durchlese
nug, was er unterschreibt, oder sich den Schaden selbst zugutezuheben
hat. Es kam ein Vergleich zu stande, wonach die Firma den Betrag
für die Überstunden bezahlte und Kläger auf weitere Forderungen
verzichtete. — (Vorlesender: Regierungsrat Dr. Richter; Beleger:
Wöhler, Freianik, former Staatsräte Leuen)

Eine der Ausgaben.

Blauenthaler Grund. Der viergleisige Ausbau der Eisenbahn Dresden-Hainsberg ist zwischen Potschappel und Hainsberg in den letzten Jahren nahezu vollendet worden. Bisher sind für diese Arbeiten 6 130 000 M. bewilligt worden, von denen 352 000 M. übrig sind. Da die noch auszuführenden Arbeiten, Aufschüttung des im Senkungsgebiete liegenden Bahndamms, Sicherungsanlagen für eine Stellerei auf dem Bahnhofe Potschappel, ein Stellereigebäude in Potschappel usw., einen Aufwand von 392 000 M. verursachen werden, sind in den Staatshaushaltsetat 1912/13 noch 40 000 M. als achte und letzte Rate eingestellt worden. Auf der Bahnstrecke Potschappel-Hainsberg soll unter Benutzung des vorhandenen doppelpurigen Industriegleises eine Schmalspurgleis Verbindung für die Schmalspurbahnen Potschappel-Rösen und Hainsberg-Nipsdorf hergestellt werden, wodurch eine direkte schmalspurige Bahnhofverbindung von Nipsdorf bis Kerzen-Trebsen und Siechslau geschaffen wird. Auf der Strecke Dresden-Hainsberg soll der viergleisige Ausbau zwischen Dresden-Altstadt und Potschappel, für den bisher 1 Million Mark bewilligt worden sind, fortgesetzt werden. Zunächst soll die Straßenbrücke am Horsthause hinter der Bienenmühle umgebaut werden, damit im Jahre 1914 mit dem Ausbau der Strecke im Bereich der Vorstadt Blauen begonnen werden kann. Bei diesem Umbau werden auch die verkehrsbelastenden Niveauübergänge in Vorstadt Blauen beseitigt. Der Straßenübergang am Kesselfelder wird ebenfalls beseitigt, und um die künstlichen Verkehrsverhältnisse dort günstiger zu gestalten, sollen die Bahngleise höher gelegt werden, als ursprünglich geplant war. An der Abzweigung der Possendorfer Linie soll das Possendorfer Personenzugsgleis unter den Personenzugsgleisen der Hauptstrecke hinweggeführt werden, um Schieneneinschneidungen zu vermeiden. Der Bahnhof Gittersee muss entsprechend verändert werden. Der Umbau des Bahnhofs Potschappel wird fortgesetzt. Dabei sollen insbesondere die Unterführung der Peterswalder Straße erweitert, der Personentunnel und die Bahnanlagen umgebaut, Lade- und Bahnhofsgleise verändert oder neu hergestellt sowie die nötigen Sicherungsanlagen und Nebenanlagen ausgeführt werden.

Ehe weiterwirkt. Donnerstag den 25. Januar, abends
Punkt 8 Uhr, findet im Gasthof öffentliche Gemeinde-
versammlung statt.

Deuben. Morgen Donnerstag den 25. Januar, abends 7½ Uhr, findet im Rathause öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Beratung des Haushaltplanes.

Niederwartha. Eine Schwebebahn über die Elbe soll in der Nähe der bestehenden Eisenbahnbrücke zum Transport von Lehmkali u. s. w. erbaut werden, vorausgesetzt, daß das Ministerium des Innern seine Genehmigung hierzu erteilt. — Das würde eine totale Verschandlung des hübschen Naturbildes bedeuten.

Dippoldiswalde. Der flüchtige Bankdirektor Billkomm ist in Freiberg verhaftet worden. Billkomm wandte sich auf seiner Flucht zunächst nach England, von da nach München und dann nach der Schweiz, wo er sich in Zürich mehrere Tage aufhielt. Bei seiner Rückkehr nach Freiberg verließ er einige Stationen zuvor den Zug und begab sich zu Fuß nach der Stadt, wo er am Sonntag, morgens gegen 6 Uhr, in völlig erschöpftem Zustande anlangte. Den ganzen Tag brachte er in der Wohnung seiner abwesenden Mutter zu, bis er nachts gegen 11½ Uhr verhaftet wurde. Wie es heißt, holte W. die Abfahrt, sich mit seiner Frau zu versöhnen, um dann wieder das Felde zu suchen. Unmittelbar nach der Verhaftung Billkomm's wurde von der Kriminalbrigade Dresden ein 31 Jahre alter Rechtskonsulent aus der Schweiz, der sich im Auftrage des Flüchtigen seit einigen Tagen sowohl in Freiberg als auch anderwärts aufgehalten und nach dem Besamnhoerde der erwähnten Verhaftung alsbald sich von dort entfernt hat, auf der Rückreise nach der Schweiz verhaftet und der Staatsanwaltschaft Freiberg zugestellt, weil er dringend zu Adel erscheint, die bedrohtigste Verhaftung des Billkomm seinerzeit vereitelt zu haben. Auch hat der Rechtskonsulent einer größeren Belästigung der von Billkomm unterschlagenen Gelder entzogen.

Gerichtszeitung.

90-00010

Vor der Landgericht
Die raffinierter Einbruch in ein Juweliergeschäft auf die Schloßstraße hier selbst, der allem Anschein nach am Sonntag des 30. Juli, nachmittags verübt sein mußte, ereigte bei seiner Entdeckung am nächsten Tage das größte Aufsehen. Wer oder die Verbrecher hatten im Keller eine Venet durchschlagen und waren durch dieselbe in die Juwelier-Werkstatt und von da in den Laden gelangt. Hier waren die Ausländer im Schauspiel sämtlich geklaut. Juwelen, Ohrringe und Fingerringe mit Brillanten, Sämlers und Bergsteinen mehr im Gesamtwert von 30 000 R. Die sofort ange nommnen Nachsuchen der Kriminalpolizei wiesen noch Leipzig, so auch einige Tage später der 1880 in Halle geborene, wegen schwerer und einfachen Diebstahls schon vorbestrafte Schlosser Emil Otto Küpp verhaftet wurde. Als Mithörer kamen der Münchner Kaufmann Johannes Domaschke und der ebenso alte Tischler Hugo Kerner in Frage. Kerner hat seinem Leben durch Schändung ein Ende gemacht, während sich Küpp und Domaschke wegen des oben geschilderten schweren Diebstahls zu verantworten haben. Sicherheit sollen sie aber auch noch am 27. Juli abends einem Dienstmädchen B. in Leipzig in einem Gartenlokal 40 R. aus dem Handtäschchen geholt haben. R. hatte am 18. März d. J. erst das Studium nach 1½jähriger Strafe verlassen, war dann in Berlin im Kunsthaus gewesen und lebte Ende Juni D. kennen. Beide fuhren noch zusammen und sie auf dessen Vorschlag ein „großes Dir“

Sächsischer Landtag.

H. Rauscher

80. Sitzung vom 28. Januar, vormittags 11½ Uhr
Um Regierungsräthe: Dr. Med. Wistbaum, v. Seidenwirt

Zunächst werden für die bauliche Erweiterung des Steuergebäudes in Wien (Tit. 8a von Kap. 20 des ordentlichen Hauses) nach der Vorlage die Ausgaben mit 48 000 Kr. bewilligt.

Darauf wird in die allgemeine Vorberatung eingetragen
über die

Entwürfe des Gemeindesteuer-, Kirchen- und Schulhausesgesetzes.
Diese werden auf Vorschlag des Präsidenten gut gemeinsamen

Minister des Innern, Graf Eichbaum: Das Bedürfnis nach einer Neuordnung des gesamten Steuerrechts wird allgemein empfunden. Unter der Landgemeindeordnung sind die Gemeinden aufgehoben, aber die Entwicklung ist über diese Bestimmungen hinausgegangen. Heute soll nur das Steuerrecht neu geordnet werden. Ein Gesetz, das den Zweck erreichen soll, muss den Bedürfnissen der Steuerpflichtigen, der Gemeinden und des Staates entsprechen. Allen diesen Wünschen kann der Vierjetzky-Plan nur gerecht werden, wenn er im endgültigen Weise behandelt. Der Entwurf steht dem Gesetzgeber aus, nicht mit Reserven.

Der Entwurf geht von dem Grundbesitz aus, nicht mit Bewohntem zu brechen, sondern an das Erreichbare anzuschließen. Die Reform muß von dem Gegebenen aus identisch erfolgen. In den meisten Städten und Landgemeinden befindet sich die Steuerregelung in durchaus befriedigenden Verhältnissen. Nur bestimmten Gemeinden, die in diesem Punkte etwas zurückstehen, sollen angehalten werden, ein etwas befürchteteres Tempo auf diesem Gebiete einzuschlagen. Weiter sollen aber auch die Mängel, die die jetzigen rechtlichen Bestimmungen aufweisen, beseitigt werden. Die Nebenverhältnisse der Gemeinden sollen eindeutig geregelt werden. Vor allem soll mit der Toppelbesteuerung, die in vielen Gemeinden zu beobachten gewesen, gebrochen werden. Die unslogische Einkommenssteuertheorie sollen beseitigt werden durch eine richtige Ausbildung der Progression der höheren Einkommen. Auch soll eine Vorabbesteuerung des Grundbesitzes aufgehoben werden. Gewiß ist die Regierung der Meinung, daß noch in manchem Punkte hätte weiter gegangen werden können, aber gerade in der Steuerpolitik gilt die Kunst des Erreichbaren. Die Regierung würde u. a. die obligatorische Einführung der Gemeindebauer als eine wertvolle Ergänzung des Steuersystems der Gemeinden halten, sie sieht aber davon ab diesen Punkt weiter zu verfolgen, da zugeist doch keine Rückicht auf seine Verwirklichung besteht. (Sehr richtig!) In der Wahl der Steuern hat der Staat den Gemeinden vollständig freie Wahl gelassen. Damit hat sich die Regierung eine große Selbstbedienung auferlegt, für ihn an die äußerste Grenze dessen gegangen, was ihm mit einer willkommnen Steuerreform überhaupt vereinbar erschien. Sie glaubt deshalb, den Sünden eine Grundlage geboten zu haben auf der eine Verhandlung auf diesem schwierigen, aber nach lehrwichtigen Gebiete möglich ist, nicht zuläßt zum Wohle der Gemeinden. (Gesetzerte.)

Kultusminister Dr. West spricht zum Entwurf der Kirchen- und Schulsteuerordnung. Es handelt sich in erster Linie um eine Änderung der Baccalaureatengesetzgebung vom Jahre 1838, die als detailliert erscheinen muss. Der Minister hofft, dass die neuen Gesetze eine freundliche Auswirkung auf den öffentlichen Unterricht haben werden.

Rechte Aufnahme in der Räume finden werden.

Abg. Wittig (franz.): Wir vertreten den Standpunkt, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden soviel als möglich geschützt werden muß, auch bezüglich der Steuerregelung. Die Verbällnisse in den Gemeinden liegen so verschieden, daß vor einer Schablonisierung gewarnt werden muß. Vergleicht man das vorliegende Gesetz mit dem Entwurf von 1904, so muß man sagen, daß dieser Gesetzespunkte jetzt mehr Rücksicht getragen wird. Wie stimmen der obligatorischen Einführung einer Betriebschließabgabe zu, halten aber den Steuerloch von 1 Prozent zu hoch. Der Grundbelag ist gegenstelllos schon sehr belastet. Ein Beispiel dafür ist, daß sich schon viele Gemeinden genötigt gefehlt haben, zur Verschaffung von Wohnungen selbst Häuser zu bauen. Was nun die Verabsiedlung der Einwohnerzahl auf 75 Prozent andeutet, so müssten wirkt, daß sowohl für die politische Gemeinde als auch für die Kirchen- und Schulgemeinde der Satz auf 50 Prozent erhöht wird. Daß eine Steuer auf Großbetriebe und deren Filialen, die Waren im Kleinhandel abgeben, zuläßt in Beziehung meine Freunde mit Kenntnis. Die Einführung des Kinderparagraphen für die Gemeindeentnahmen steuern werden wie uns nicht entgegenstellen. Auch der obligatorischen Einführung der Gemeindegrundsteuer können wir unter der Voraussetzung zu, daß der im Entwurf vorgesehene Mindestloch keine Erhöhung erfährt. Im Kapitel der allgemeinen Gewerbesteuer welche wir weit von dem Standpunkt der Staatsregierung ab; diese Steuern wird kaum viel Freunde und Anhänger haben. Von ihr werden nur diejenigen Kreise getroffen, die schon jetzt auf dem Gebiete der Steuerwesen stark in Mitleidenschaft gezogen sind (Rathen, KfW, KfK, etc.). Hinlänglich der Kopfsteuer, die durchaus verändert ist können wir mit der Regierung überreden, daß sie nach dem Gesetz nicht mehr eingeführt werden darf und soll, wo sie zu hört führt, ebenfalls gänzlichweise bestellt werden kann. Zur übrigen, um wir gern bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten (Bronhol, 26.12.)

(Bravo! - 1616.)

Abg. Kirchenkreis (noch): Bei allen Bedenken gegen das Projekt sind wir doch zur Mitarbeit bereit. Die Abgeordneten haben keine unstrittene Zeit gehabt sich mit dem Entwurf eingehend zu befassen. Gegenentwürfe, Anträge und Interpellationen von der rechten Seite liegen sich jetzt förmlich hintereinander (Seht richtig links und in der Mitte; Rechts rechts). Deshalb habe ich den Wunsch meiner Freunde ausdrücken, daß zunächst alle erörterten wichtigeren Vorlagen den Mitgliedern der Kammer vor aber mindestens bei Eröffnung des Landtages zugehen. Um eine gründliche Durchberatung des vorliegenden Entwurfes zu ermöglichen, halten wir mindestens drei Sitzungen noch für notwendig. Wir sind auch der Meinung, daß es vielleicht richtiger gewesen wäre, mit der Umgestaltung des Schulsteuergesetzes bis nach Erledigung der Volksschulreform zu warten; jedenfalls wollen wir uns durch die Bekämpfung über das Schulsteuergesetz fristlos bis neuer Volksschulgesetz in irgendeiner Weise binden. Die Vorteile der dritten Art der Besteuerung hauptsächlich darin, daß wir ein einheitliches Einschöpfungsmittel und die Vereinfachung der Kosten und der Unzicherheiten der Doppelbesteuerung gewährt erhalten. Riegendorf soll aber dort Eingriffe erfolgen, wo die Verhältnisse der Gemeinden geordnet sind. Indessen werden außerordentliche Maßnahmen bewilligungen nicht zu umgehen sein. Sie müssen jedoch auf das Mindestmaß herabgedrückt werden. Die Grundbesitzabgabe muß in ersten Linie fest bleiben und in richtigem Verhältnis zu den Pflichten und Rechten der Ansäßigen stehen. Als Hauptsteuer muß für die Gemeinden nach wie vor die Einkommensteuer in Betracht kommen. Da man die Schaffungsmachung der Bevölkerung überdenkt, sind wir der Meinung, daß eine Besitzwechselabgabe erhoben werden kann, doch man aber nicht über 5% Prozent hinausziehen möchte. Sehr erfreut sind wir, daß die Rechte des allgemeinen Gewerbeleinsatzes abdrückt; sie würde nur Handel und Industrie in einseitiger Weise belasten. Die Höhlesteuer betrachten wir als ungerecht und unsocial. (Seht richtig! bei den Ball!) Bezüglich des Kirchen- und Schulsteuergesetzes sind wir mit den Grundsätzen der Regierung bei Wertheil euerstanden, doggeren haben wir Bedenken bestreift. Die Abstimmungen der Dergesetzgebung des Grundbesitzes werden

der Bestimmungen der Herausgabeung des Grundbesitzes über-
gläubiger.

Dr. Lange (Soz.): Das Verhältnis zur gesetzlichen Neureg-
lung der Materie erkennen wir an. Die Entwicklung hat die gelie-
ben Bestimmungen überholt. 1890 betragen die Gemeindebauern
Sachsen 35 000 000 M., 1910 aber 102 000 000 M. Der Gemeinde-
aufwand ist nicht nur größer geworden infolge des Wachstums der
Beböllierung, sondern der Aufwand ist auch gestiegen, der auf den
Gemeindebauern entfällt. Die Ausgaben der Gemeinden

Recht der Bevölkerung entfällt. Die Regelung des Gemeindebeamten

wesens M erwünscht. Wir lehnen auch eine dadurch herbeigeführte Beschränkung der Gemeindeautonomie nicht grundsätzlich ab, sondern finden und damit ab, allerdings aus anderen Motiven als das Ministerium. Dieser geht von dem Standpunkte aus, die reichen Deute, das hohe Einkommen, könne zu ung bezogen werden. In dem Dekret über die Übernahme der Landgemeindeordnung wird auf Frankreich hingewiesen und die Ansicht vertreten, reiche Minderheiten müßten durch das Aufsichtsrecht der Behörde geschützt werden vor der Ausbeutung durch arme Majoritäten. Unsere Meinung garantiert den reichen Minderheiten den ausschlaggebenden Einfluß. Daraum billigen wir die Beschränkung der Autonomie, weil erlaubungsfähig die besitzenden Minderheiten, die in der Gemeindeverwaltung die Mehrheit bilden, gar zu leicht geneigt sind, die Kosten, die das öffentliche Wohl erfordern, vom Fisch ab- und auf die minderbemittelte Masse zu wälzen. Von der vorgeschriebenen Verhältnismäßigkeit ist dabei nichts zu spüren. Und das sind nicht etwa nur arme und kleine Gemeinden, nein, auch qualifizierte gehören dazu; z. B. Annaberg, das bei einem Einkommen von 400 M. 200 Prozent, bei 700 M. 195 Prozent, bei 4000 M. Einkommen aber nur 102 Prozent an Gemeindeanlagen erhebt. Hier macht es die famose Kopfsteuer, die unten mit 4 M. und bei Einkommen von 1400 M. an mit 8 M. erhoben wird. Diese Zustände kann vorgebeugt werden durch die staatliche Aufsicht oder durch geleglichte Bestimmung der Grenzlinien. Wir sind für das letztere. Daraum können wir es nicht billigen, daß den Gemeinden frei stehen soll, unter 400 M. herunterzugehen.

Am Sonntage ist klarlich einmal gesagt werden, daß ein Familienvater mit einem Einkommen von unter 600 M. sein menschenwürdiges Dasein führen kann. Hier will man nun aber den Gemeinden sogar die Möglichkeit geben, noch unter 400 M. herabzugehen. Die schwärfere Herabsetzung der unteren Einkommen ist in Sachsen durchaus nicht nötig, ist doch hier die Vermögenssteuer von 0 030 646 230 M. im Jahre 1908 auf 0 065 847 800 M. im Jahre 1910 gekommen, das ist in zwei Jahren eine Annahme des Vermögens von 625 000 000 M. Ebenso geht es entschieden zu weit, daß bei den 1 118 000 Steuerzahldern unter 1000 M. Einkommen erlaubt wird, sie noch mit einer höheren Staffel heranzuziehen als mit der Staatssstaffel. Bei dem niedrigeren Einkommen muß doch die Steuer, so niedrig auch der Betrag sein mag, vom notwendigsten abgenommen werden. Wir halten auch heute noch die progressive Einkommenssteuer für die gerechteste und in der Entwicklung profitischste Art der Steuern, weil sie der Leistungsfähigkeit Rücksicht trägt. Wenn allerdings eine Differenzierung zwischen den erarbeiteten und fundierten Einkommen getroffen würde, wäre dies eine wesentliche Verbesserung. Dann könnte auch die Grundsteuer fallen, denn auf verschuldeten Grund Steuern zahlen ist eine mißliche Sache. Gesicherte Einkommen, festes Gehalt, Pensionsberechtigung usw. sind steuerpflichtiger als das ungewisse Einkommen. Darum sind wir auch nie Freunde des Vier-Hundert-Versteuerns gewesen. Wir sind auch der Meinung, daß der Versuch gemacht werden müchte, daß immobile fundierte Vermögen als Einkommen besonders zu treffen. Ein Vorteil ist in der Bestimmung zu erblicken, daß das Einkommen in mehreren Gemeinden und das Einkommen von Mann und Frau von 2400 M. an zusammengezogen und damit nach höherer Staffel besteuert werden soll.

Von der enormen Höhe, die die indirekten Steuern des Reiches bereits erreicht haben (circa 60 M. pro Kopf), halten wir das Hinweisen und Hindringen der Gemeinden auf indirekte Steuern für falsch. Was ist in dem Falle der anfangs beschäftigte Zwang vermieden worden, aber die Tendenz ist doch da. Die Umsatzsteuer auch hier noch aufzunehmen, wäre ungerecht, weil sie eine weitere Versteuerung der notwendigsten Lebensmittel bedingen würde. Wir sind für höhere Schulen, halten es aber für ungünstig, wenn, wie z. B. in Breitenbach, die Umsatzsteuer dem Kermis das Brot, den Kaffee usw. belastet, damit der Besitzerstuhre seine Kinder in höhere Schulen schicken kann. Werner halten wir es für selbstverständlich, daß das Einkommen aus der Arbeiterversicherung steuerfrei zu bleiben hat. Die Schimmung, daß die Beamtenempfänger keine Steuern zu zahlen haben (Heiterkeit), sollte wohl nur zur Dekoration dienen, die deshalb auch besser unterblieben wäre. Die Polizei hat natürlich wegzufallen. Einverstanden sind wir damit, daß Reichsdämländer, die drei Monate lang einen Verdienst gehabt haben, zu den Gemeindeanlagen herangezogen werden. Auffällig erscheint die Bestimmung, wonach die Gemeinden bereitstehen, bis zu 70 Proz. ihres Steuerverbautes von Einkommensteuern zu decken. In Preußen müssen die Zusätze gleichmäßig erhoben werden und Einkommen unter 900 M. können freigelassen werden. Ungläublich ist die Verquidung der Einkommensteuer mit der Kirchensteuer und die Einzelstellung der Schule. Mit einem Versuch, bessere Vorhältnisse zu schaffen, kann man es bezeichnen, daß die Kirche selbstständig gemacht werden soll, insoweit ihr besondere Steuergebiete zugewiesen werden sollen. Damit steht freilich im Widerspruch, daß die politische Gemeinde zu beschließen hat und die Kirche nur zu hören ist, daß aber bei Streitigkeiten die oberste Kirchengemeinde zu entscheiden hat. Warum wählt man, wenn man die Kirche selbstständig machen will, die politische Gemeinde nicht ganz weg? Recht und billig ist das Beilangen, daß die Kirchensteuer nur von den Mitgliedern der Kirchengemeinde entrichtet werden sollen. Allerdings fehlt dann eine Deklarierung, wer als Mitglied der Kirchengemeinde zu betrachten ist. Unverständlich bleibt, daß kirchliche Personen, die doch religiös neutral und religiölos sind, ebenfalls Kirchensteuer zahlen sollen.

In die kirchlichen Angelegenheiten sollte sich der Staat überhaupt nur insofern einmischen, als sie dem Staat beeinflussen. Aufs-fällig ist, daß die Kirchengemeinden 80 Prozent, die politischen Gemeinden aber nur 75 Prozent ihres Bedarfs durch Einkommensteuer decken dürfen. Das einfache wäre doch, die Kirche könnte ihren Bedarf gleichermaßen durch Aufschlüsse gut dienten Gemeindeleute dessen Watum man die Schulssteuern extra erheben will. Ist nicht einzusehen. Das von Kirchen- und Schulsteuern, die durch das Untochthalstet Gesetz von 1828 verbunden sind, nicht trennen. Es natürlich. Man hätte diese Tadhe aber der bürgerlichen Gemeinde zuwenden sollen, wenn man führen zur diensten Staatschule nicht kommen wollte.

Abg. Koch (Dortm.): Aufgabe des künftigen Gemeindesteuergesetzes sollte es vor allem sein, falsche Einstellungen unmöglich zu machen. Unsere Gemeindeordnungräumt dem Haushalt und Gewerbebetrieb ein außerordentliches Privileg ein, was sehr leicht zu einer Interessengenossenschaft führt. Zumindest hätten wir den vorliegenden Gesetzesentwurf für besser als den früheren. Mit der Ablehnung des Gemeindesteuer sind wir einverstanden, ebenso damit, daß die Ertragungssteuer nicht den Gemeinden zugängig gemacht wird.

Auch die anderen Sondersteuern lehnen wir ab, die Umlaufsteuern schenken wir rundweg ab. Große Bedenken beginnen wir auch gegen die Erhöhung der Staatsschäfte bei den unteren und mittleren Einkommen, dagegen stimmen wir der Besitzwechselsegabude und dem Grundsteuer zu. Bedenklich erscheint es uns auch, daß die Regierung ermächtigt wird, von den Bestimmungen des Gesetzes Absehn zu ertheilen. Ein solches Recht sollte dem Landtage vorbehalten bleiben.

Alo. Sofern (nott.) äußert verschiedene Bedenken gegen eine solche Anwendung des Strafmaßnahmenrechts.

u. a. gegen eine Herausbelastung des Grundbesitzes und gegen die Mühlenbetriebe.

Abg. Rießle (Bog.): Wir nehmen zum Anfang hier eine abweichende Haltung ein, weil wir auf den Standpunkte stehen, daß die Kirche durch freiwillige Beiträge keinem Zwang auf die Staatsbürger auszuüben hat. Wenn von den guten Willen gebaut hätte, würde die ganze Mutterkirche durch ein Gehej gezeigt werden können. Der Staat weiß den Gemeinden immer neue große Aufgaben zu, fragt aber nicht danach, wie sie mit Mitteln hierfür aufzubringen können. Aber gerade die ärmsten Pfarrer und die Bevölkerung sind es, die ein Interesse an dem Bau der sozialen Einrichtungen haben. Wie sind grundsätzlich der Staat, doch die gesetzliche Neuordnung des Gemeindebeitrutes nicht angebracht, sondern geradezu notwendig ist, bestehen doch hier und heute in vielen Gemeinden erhebliche Nöthe insofern Ausgaben der Ortssteuerabrechnung, die die ärmsten Pfarrer belastet; vielfach hat man auch noch rückständige Steuern, die nicht mehr in unsere heutige Zeit passen. Wie gedenken nun zu, daß die Vorlage, mögen ihr noch so viele Mängel anhaften, gerichtet ist, die stärksten Nöthe und größten Härten zu beseitigen. Die wichtigste Bestimmung ist die Anwendung des Staatsbeitrages für die Gemeindeinkommensteuer, wenn sie nicht dahin geändert würde, daß für das Einkommen eine höhere Besteuerung zugelassen wird als für das bei der Gemeindeinkommensteuer.

Das Bild, welches die Regierung in der Begründung des Entwurfs von den Zuständen in den Gemeinden entwirft, erscheint ungünstige Perspektiven und zeigt, daß viele Gemeinden selbst bei äußerster Spannung aller Kräfte nicht den unabdingt notwendigen Aufgaben gerecht werden können. Hültet doch die Regierung ja einen Fall an, in dem eine Überspannung der Gemeindekonsolidierung von 500 Prozent vorliegt, also wo fünfmal mehr Gemeindeeinkommensteuer erhoben wird, als das Staatsdeinommenthaushalt beträgt. Die Durchlässigkeit des Staatsdeinommenthaushalt ist die Regierung nun damit begründet, daß vielfach die Einkommen so klein sind, daß es den Gemeinden unmöglich wäre, nombr Steuerbeiträge zu erheben. Dieses Argument beweist aber, daß in vielen Gemeinden die Armut sehr groß und die Beziehungsbezüge sehr klein ist.

Was kann nun dieses Gesetz diesen notleidenden Gemeinden zu Hilfe bringen? So viel Zeit, Rühe, Arbeit und Scharfslau auf ausgewandert werden ist, so wird doch dem schlimmsten Uebelstand der Heberlastung dieser Gemeinden bis zum Besonnen bricht, doch nicht entgegnetreten, obgleich das Gesetz in räth Linie sein Augenmerk auf diesen Krebschaden der Gemeinden gerichtet müssten. Das Gesetz enthält also nicht bloß eine Zählsouder verhaft geradezu in einer brennenden Frage. Gemeinsamlich sich hier viele Schwierigkeiten entgegen, bei einem ersten Willen würde sich aber schon ein Weg gezeigt haben. Wir haben in leichten Landstädten den Antrag gestellt, daß der Staat den armen Gemeinden die Schulden abnehmen soll, der indeslein seine Ernährung gehunden hat. Nach unserer Ansicht hätte das Gesetz davon auszugehen müssen, daß die Gemeindeeinkommenssteuer im Staate noch einheitlichen Grundbächen erobben wird, um sie dann an die Gemeinden nach dem Bedürfnis abzuführen. Jetzt liegt die Verhältnisse so, daß wer das Glück hat, in einer wohlhabenden Gemeinde zu leben, vielleicht die Hälfte der Staatseinkommenstruktur zahlt, während andere in der gleichen Städte, aber in armen Gemeinden das dreifach- bis vierfache der Staatseinkommenssteuer zahlen müssen. Das ist eine Ungerechtigkeit. Die Vorlage macht einen Versuch, diesem Uebelstande zu begegnen, sie schreibt vor, daß die Gemeinden eine Grundsteuer, Vermögenssteuer, eine höhere Progression usw. einführen können, aber was sollen diese Gehirnwurzeln den kleinen und armen Gemeinden nützen, die keine lohnen kommen usw. bedient? Wir sind auch für einen Staatsausgleich für Schulen-, Armen- und Wegebau zu 100% im Verhältnis der Aufgaben gut Leistungsfähigkeit. Wir werden versuchen, bei der Spezialberatung unseren Anträgen mehr Gehör zu verschaffen und den Uebelständen der Gemeinden so viel als möglich beizukommen.

Ein anderer Nebenstand ist die Schuldenwirtschaft der Gemeinden. Die Politik der bürgerlichen Gemeindevertreter läuft so darauf hinaus, möglichst niedrige Steuern zu haben. Da folgt ist, daß die Gemeinden, wenn große Aufgaben an sie heran treten, Schulden machen müssen. Wenn auch an der Schuldenwirtschaft optimals die geringe Leistungsfähigkeit der Gemeinden liegt sein mag, so werden diese Verhältnisse durch Schuldenmachen doch nur noch schlimmer. Hier kann Abhilfe durch Sparobligationen geschaffen werden. Über die Verwendung der Sparkassenüberschüsse schwiegt sich der Gesetzentwurf ebenfalls aus. In vielen Gemeinden wird aber geradezu ein Rückstand auf diesen Sparkassenüberschüssen gerichtet, man verwendet sie nur noch teilweise zu haushaltstauglichen Zwecken, obwohl sie ihrer ursprünglichen Natur nach nur gewinnunfähigen und wohltätigen Zwecken dienen sollen. Das Grundsteuer, die von konservativer und von links auch von nationalliberaler Seite angegriffen worden ist, ist ja so zu mecken, daß die Besteuerung im § 48 sehr mild gesetzt ist. Die Gemeinden besitzen vielfach jetzt bereits höhere Grundsteuern, als sie das Dekret vorsiebt; bleibt es nun bei der Verhältnisse, so können sie die Grundbesitzereien in den Gemeindesiedlungen leicht zum Vorwand benutzen, die Grundsteuer in den Gemeinden zu ermäßigen. Tatsächlich dagegen kommt, wünscht wohl niemand uns. Wir meinen, daß hier mit dem Steuerschafte noch etwas über

Stellt unklar ist die Bestimmung, daß die Gemeindeeinkommenssteuer, wenn sie mehr als 175 Prozenz des Einzelneinkommensvermögens beträgt, der ministeriellen Genehmigung bedarf. Welches Recht hat diese Bestimmung? Es ist doch bekannt, daß die sieben Arbeitergemeinden eine höhere Gemeindeeinkommenssteuer als 175 Prozent haben! Die Bestimmung bedeutet also, daß höchstens sieben Gemeinden zur Erhebung der Einkommenssteuer die Genehmigung der Regierung erhalten müssen. Was kann sich die Regierung nicht anders erklären, als daß die Regierung Unterordnung unter will die Einkommenssteuer schonen im Interesse des Staatshaushalt will sie den betreffenden Gemeinden besondere Bedingungen auferlegen, will sie einen Druck ausüben, daß ganz oder indirekten Steuern angewendet werden. Dadurch werden die Schwierigkeiten dieser Gemeinden natürlich nur noch wesentlich erhöht. Mit einer Betriebsteuer für Schaffnereien können wir uns nicht einverstanden erklären. Der Gemeindestand ist ohnedies schon sehr belastet. Eine besondere Schaffnereisteuer wie nicht für erforderlich, ebenfalls nicht für Sonder-Schulgemeinden, sie würden auch nicht nötig sein, wenn man sich entstehen könnte, die Ausseßionschule zu beseitigen. Das ganze Schulwesen würde sich dann einfacher und günstiger gestalten lassen. Wir sind auch gegen die Einführung von Sonderabgaben jeder Art. Beider läßt die Vorlage die Sicherung und auch eine Abgabensteuer kommen. Die ganze Vorlage eben die Tendenz, die hohen Einkommen möglichst zu schonen. Sie richten auf dem Standpunkte, daß man die Einkommenssteuer auf Kapitalertrag machen soll. Nebenbei polemisierte dann gegen den Verteilungs- und Kapitalertragsteuer, daß die Differenzen von

Dr. Mangler und verlangt Beftellung der Difidenten von
Kirchenfeuer.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte — siehe ein Dutzend Redner geweitet — wird gegen 8 Stimmen abgelehnt. Die beiden Verteile geben an die Geschießungsdeputation. Es finden noch zwei Bezüge statt.

Schluss der Sitzung 4% Uhr.
Nächste Sitzung: Mittwoch vorm. 11% Uhr. Tagdoktor
Eisenbahnanlegenheiten.



das
selbsttätige Waschmittel

Wäscht und bleicht von selbst. — Beseitigt Blut-, Obst-, Cacao-, Tinte-, Rotwein- und andere Flecken. Greift nicht das Gewebe an!

Schont und erhält die Wäschel

Ist garantiert unschädlich! Verbilligt das Waschen! Spart Zeit, Arbeit und Geld!

Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co. DÜSSELDORF. Alleine Fabrikat aus der weiblichen Hand

Henkel's Bleich-Soda

Verkaufsstellen durch Plakate erkennbar.

Diese und nächste Woche:

Großer Inventur-Verkauf!

Auf alle Waren 10-25 Proz. Nachlaß.

Erbstößer & Haubert
Spezialgeschäft für Haus- u. Küchengeräte
Kesselsdorfer Straße Nr. 2.

Rheumatismus Gicht Diabetes,
die Hauptursachen der Arterienverkalkung

werden mit sehr gutem Erfolg innerlich durch
Klepperbein-Lösung - Elix.
bekämpft. 50 Pf. M 1.—, 100 Pf. M 1.75.—
Dasselbe erreicht sich durch sein außerordentlich starkes Lösungswirkungsvermögen von Hornsäure aus u. bringt die Ablagerung der
C. G. Klepperbein, Dresden, Praesensstr. 9
Gegr. 1707.

Internationale Bibliothek.

1	Kerling, Die Darwinische Theorie	Geb. 2.—	
2	Kautsky, Marx' ökonomische Lehren	2.—	
4	Kastell, S. Die ländliche Abwanderfrage	2.—	
5	Kautsky, Thomas More. 2. Auflage	3.—	
6	Pebel, Charles Fourier. 8. Auflage	2.50	
8	Stein, Die Philosophie Spinozas. 8. Auflage	2.—	
9	Pebel, Die Frau und der Sozialismus	3.—	
10	Jillgaran, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Aufl	3.—	
11	Engels, Der Ursprung der Familie	1.50	
12	Marx, Das Elef der Philologie	2.—	
13	Kautsky, Das Erste Internationale	2.—	
14	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England	2.50	
15	Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes	2.50	
17	Mehring, Die Zelling-Legende. 2. Auflage	3.—	
18	Ant. Gieckes Habe und der Staatsliche Kommunismus	2.—	
20	Flechanow, N. G. Utopischer Kommunismus	2.—	
21	Engels, Engels' Dürings Ausmühlung der Wissenschaft	2.—	
22	Pfeiffer, Das Aequivalenz der Philosophie	2.—	
23	Howell, Die englische Gewerkschaftsbewegung	2.—	
24	Marx, Revolution und Konter-Revolution	2.—	
26a	Podes, Leben und Tod	1.50	
26b	— Kleinere Auslässe	2.—	
26c	Moës oder Darwin?	2.—	
27	Gindemann (Hugo), Städteverwaltung und Municipal-Sozialismus in England. 2. Auflage	2.—	
30	Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie	2.—	
31	Pfeiffer, Das Leben der menschlichen Aspiration	2.—	
32	— Kleinere philosophische Schriften	2.—	
33	Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien	2.—	
34	Podes, Leben und Wissenschaft	2.—	
35	Marx, Mehrwert. Band I. Von Kautsky	4.—	
36	— II. Teil I. Von Kautsky	6.—	
37	— II.	5.—	
38	Kautsky, Einzig u. materialistische Geschichtsauffassung	1.50	
39	Hilquin, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten	3.—	
40	Falklinow, Die Lage der arbeitenden Klasse in England	2.—	
41	Deutsch, L. Niemand entlohn	2.—	
42	Maylow, P. Agrarfrage in Russland	2.—	
43	Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich	2.—	
44	Bernstein, Englishe Revolution	2.—	
45	Kautsky, Der Ursprung des Christentums	2.—	
46	Bendix, Das theoretische System von Karl Marx	2.—	
47	Kautsky, Vorläufer des neuen Sozialismus, Bd. 1	2.—	
48	—	2.—	
49	Monnerot-Mos, Raden und die Vertheidigung für die Gleichheit	2.—	
50	Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft	2.—	

zu besiegen durch die

Volksbuchhandlung

Dresden, Große Zwingerstraße.

Schuhwaren!

Herrn- und Damenstiefel

5.75 M.

Wachsblechstr. 2 b.

Porzellan-, Steingut-,

Tesserglaser jeder Art empfohlen,

Paul Grössel

Dresden-Rauhau, Werkstatt, o.

Berlag Raden & Comp., Dresden, Zwingerstr. 12/14

Soeben erschienen:

Heinrich Schulz-Berlin:

Die Schulreform der Sozialdemokratie

275 Seiten 8° Preis 3 Mark

Herm. Fleißner-Dresden:

Genossenschaften und Arbeiterbewegung

92 Seiten 8° Preis 1 Mark

Für meine 40 Geschäfte in Thüringen suche ich

2 jüngere Verkäuferinnen 2 ältere Verkäuferinnen

Bewerbung nur mit Bild, Zeugnisausschriften u. Gehaltsansprüche

Ch. E. Berlin
Leipzig, Tauchaer Straße Nr. 19/21

Strohhutmachinen - Näherinnen

außer dem Hause sofort gefüllt. Gehaltsabstufung jeden Sonnen-
Abbildung täglich ohne Vorratzeit.

Georg Miech, Dresden
Haydnstraße 37, Nähe Tietmannstraße.

Ahnertwerts
Gittern 24

Badewannen

neben den
Badezimmern
verwendet. Sie
sind leicht
und
billig.

Filiale:
Dresden, Wall, ner Straße 18

Musikinstrumente aller Art
Schallplatten

20 Proz. Rabatt

Neue Aufnahmen.

Friedrich Adam
nur Ziegelstraße 4.

Keine Uhr
solte über
1.50 M.
zu teuer, zu teuer
Feder 14.

Keine Brille
solte über
1.50 M.
zu teuer, zu teuer
Feder 14.

E. Pietzsch, Inhaber

gebraucht bei Störungs-
Perioden - Pulver

Schachtel 2.50 M. Preisstück pro
Frau Henning, Am 22. Februar

1000 la Salon-Briketts
reiche Ware, großes Inventar
8.50 M. frei Reisen nach
Städten

Paul Beger, Löbtau, 14.

Bernau 1110.

Keine Uhr
solte über
1.50 M.
zu teuer, zu teuer
Feder 14.

Keine Brille
solte über
1.50 M.
zu teuer, zu teuer
Feder 14.

E. Pietzsch, Inhaber

gebraucht bei Störungs-
Perioden - Pulver

Schachtel 2.50 M. Preisstück pro
Alle hygienischen Bedürfnisse
Mutterpräparate, Gummiträger, Zahnpulpa

E. Pietzsch, Inhaber

gebaut bei Störungs-
Perioden - Pulver

Schachtel 2.50 M. Preisstück pro
Zahn, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa

F. E. Zimmermann
Dresden 4, a. a. Gummiträger

Gummiträger, Zahnpulpa, Zahnpulpa

Gummiträger, Zahnpulpa,

